Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 69. Mittag-Ausgabe. Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 10. Februar 1877.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

16. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 9. Februar).

10 Uhr. Am Ministertische Graf zu Eulenburg und mehrere Commissarien.

Die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für das Jahr 1875 werden der Rechnungscommission überwiesen.

Dann setzt das Haus die zweite Berathung des Staatshaushaltsetats und zwar des Etats des Ministeriums des Innern fort.

Zu Cap. 92a, Standesämter, bringt Abg. v. Schorlemer-Alst Klagen über die großen Kosten der liberalen Gesetzgebung, die schlimmen Einflüsse der Civilehe auf das kirchliche Leben, die immer steigende Zahl der nicht getauften Kinder und nicht getrauten Ehepaare vor und giebt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Regierung von allen ihren Beamten die kirchliche Trauung fordere; denn er sei mit allen derartigen Erlassen einverstanden, welche das Ansehen der Civilehe herabsetzen.

Abg. Petri weist diese Vorwürfe gegen die Civilehe als durchaus unberechtigt zurück. Das gerade sei der Vorzug der Civilehe, daß die Leute zur Vornahme von religiösen Acten nicht mehr gezwungen werden, welcher Zwang mit dem Wesen der Religion unverträglich sei. Er giebt dem Vorredner ferner zu bedenken, daß die Leute, welche jetzt die Vornahme kirchlicher Acte unterlassen, noch unter dem alten Regimente erzogen worden sind.

Abg. v. Thokarski beklagt es, daß in den polnischen Landestheilen die Standesbeamten der polnischen Sprache nicht mächtig seien, sondern sich mit Dolmetschern behelfen müßten.

Geh. Reg.-Rath Herrfurth erwidert, daß, soweit es möglich sei, alle Standesbeamtenstellen in überwiegend polnischen Landestheilen mit polnisch redenden Personen besetzt seien, wo das nicht möglich war, mußte nothwendig zur Hilfe von Dolmetschern gegriffen werden.

Zu Cap. 94, Landdrosteien, erhebt Abg. v. Grote Beschwerden gegen den Landdrosten von Lüneburg wegen ungesetzlicher Wahlbeeinflussung und gegen den dortigen Kreishauptmann wegen ungerechtfertigten Vorgehens gegen Gemeindevorsteher 2c., welche den welfischen Wahlaufruf mit unterzeichnet hatten.

Bei Cap. 95 „Landräthliche Behörden und Aemter" bringt Abg. von Schorlemer-Alst eine andere Wahlbeeinflussung zur Sprache; der Landrath Himml im Kreise Cosel habe die Verfügung erlassen, daß wegen des Ausfalls der Wahl keine Erlaubniß zu Tanzmusiken, bei Kirmessen und dergl. mehr ertheilt werden solle (Heiterkeit); ein solcher Beamter, der doch eigentlich das Ansehen und allgemeine Vertrauen im Amte verscherzt habe und abgesetzt werden müßte, sei nun noch zum Geheimen Regierungs-Rath befördert worden. Redner beklagt ferner, daß die Sparkassen in Westfalen ihrem eigentlichen Zwecke ungetreu geworden seien und sich zu Depositenkassen umgebildet haben; sie leihen viel Gelder auf Hypotheken aus und erleiden bei den jetzt sehr häufigen Subhastationen namhafte Verluste.

Geh. Reg.-Rath Herrfurth: Die Regierung theilt den Wunsch, daß die westfälischen Sparkassen ihrer ursprünglichen Bestimmung wieder zugeführt werden, und daß bei Verleihung ihrer Capitalien größere Vorsicht angewendet wird; es fehlt ihr indessen an Macht; denn die Sparkassen sind selbstständig und stehen unter Aufsicht der betreffenden Communen, nicht der Regierung.

Abg. Graf Bethusy-Huc wünscht Auskunft über folgende den Commissarien des Hauses gegenüber abgegebene Erklärung der Regierung: „Die Gehaltsklassen der Landräthe, Kreis- und Amtshauptmänner sind, innerhalb der Maximal- und der Minimalgrenze, mit Beträgen von 300 Mark abgestuft. Das Aufrücken in höhere Gehaltsklassen erfolgt — und zwar durch die ganze Monarchie — nach dem Dienstalter, soweit nicht in einzelnen Fällen aus dienstlichen Rücksichten eine Ausnahme gemacht werden muß." Er wünscht zu erfahren, welches die Ausnahmen aus dienstlichen Rücksichten seien. Falls damit etwa das Verhalten der Landräthe gemeint, so könnten solche Ausnahmen beim Publikum den Schein hervorrufen, als stünden sie zwischen Zuckerbrot und Peitsche. Ein solcher Verdacht müsse das Ansehen der Behörden nothwendig schädigen.

Geh. Reg.-Rath Herrfurth erklärt, daß die Landräthe je nach ihrem Dienstalter in die höhere Gehaltsklasse hinaufrücken; eine Ausnahme davon existire thatsächlich augenblicklich nicht; die Ausnahmen behalte sich die Regierung nur für solche Fälle vor, wenn etwa zur Zeit, wo das Aufrücken erfolgen solle, eine Disciplinar-Untersuchung oder Verhandlungen über Zur-Dispositionsstellung schweben oder der Landrath suspendirt ist.

Abg. Röckerath beklagt sich über das ungerechtfertigte Vorgehen der Polizeibeamten im Auftrage des Landrathes bei den Wahlen, besonders in den westlichen Provinzen.

Abg. Windthorst (Bielefeld) erklärt, daß aus dem Schweigen seitens seiner Parteigenossen bei derartigen Klagen über Wahlbeeinflussungen nicht der Schluß gezogen werden dürfe, als seien sie mit einem solchen Vorgehen der Regierung einverstanden; man könne es aber doch kaum zugeben, daß jeder Abgeordnete aus seiner Gegend solche Schmerzensschreie vorbringt. Andererseits würde nichts dagegen einzuwenden sein, wenn sich das Centrum mit den anderen Oppositionsparteien zusammenthäte und diese Fragen einmal im Ganzen und Großen vorbrächte; zu einem so kleinlichen Kampfe sei die Zeit des Hauses aber zu kostbar.

Abg. v. Meyer (Arnswalde) verwahrt sich dem Abg. Grafen Bethusy-Huc gegenüber dagegen, daß die Landräthe zwischen Zuckerbrod und Peitsche ständen; die Behandlung der Landräthe sei eine ganz anständige, ihre Stellung ganz unabhängig; er selbst sei ein lebendiges Denkmal hierfür (Heiterkeit). Wenn sie natürlich zu übermäßigen Agitationen sich hergeben, so sei die Regierung ganz berechtigt, sie zu schwenken.

Abg. Graf Bethusy-Huc constatirt, daß er nur gesagt habe, das Recht der Regierung, bei dem Aufrücken in höhere Gehaltsklassen Ausnahmen zu machen, könne den Schein erregen, als ob die Landräthe zwischen Zuckerbrod und Peitsche ständen.

Abg. Lasker: Die Erklärung des Abg. Windthorst (Bielefeld) charakterisirt ganz genau den Standpunkt, auf welchem auch wir stehen. Wenn wir uns in derartige Beschwerden wegen Wahlbeeinflussung nicht einmischen, so liegt das eben daran, daß man unter geschickter Vertheilung der Rollen die wirklichen Beschwerdepunkte in die Länge zerrt (Widerspruch im Centrum), und statt zu wirklichen concentrirten Verhandlungen uns jeden Augenblick zu kleinen Scharmützeln aufruft, wozu wir keine Lust und keine Zeit haben. Ich kann versichern, daß wir einen Mißbrauch der Regierungsgewalt ebenso sehr mißbilligen, wie jede andere Partei; bei der rechten Art der Verhandlung werden Sie uns zur Stelle finden.

Abg. Dauzenberg bemerkt, daß er und seine Parteigenossen gern auf den von den Abgg. Windthorst und Lasker gemachten Vorschlag eingehen würden, wenn sie nur nicht die Erfahrung gemacht hätten, daß die Liberalen den Beschwerden der Centrumspartei gegenüber sich kühl bis ans Herz hinan verhalten, und daß man sogar seiner Freude über einzelne derartige Maßregelungen Ausdruck gegeben hätte. Zur Erheiterung des Hauses verliest Redner dann einen Erlaß des Bürgermeisters von Geilenkirchen, welcher den Grubenarbeitern bei Androhung von Polizeistrafen auf das Strengste verbietet, mit geschwärzten Gesichtern und Händen, ohne sich gewaschen zu haben, auf den öffentlichen Straßen zu erscheinen. (Große Heiterkeit.) Man sehe daraus, daß nicht blos das geistige Schwarzsein bestraft werde, sondern auch das körperliche.

Abg. Windthorst (Bielefeld) protestirt auf das Entschiedenste dagegen, daß man von liberaler Seite über die Wahlbeeinflussungen Seitens der Regierung seine Freude ausgedrückt habe; das sei von keiner Seite des Hauses geschehen. (Sehr richtig!) Die Herren vom Centrum führten die liberalen Parteien nur zu oft in die unerquickliche Lage, daß die Beschwerden nicht wahr seien (Widerspruch im Centrum), und daß in zahlreichen Fällen der gesetzlich gewährte Instanzenweg nicht beschritten sei. (Sehr wahr!) Was den vom Vorredner vorgelesenen Erlaß betreffe, so sehe er, der Redner, nicht ein, wie man darin eine Maßregel gegen die Ultramontanen erkennen solle; es sei denn, daß der Vorredner diesen Erlaß speciell auf sich und seine Freunde bezogen habe. (Heiterkeit.)

Abg. Dauzenberg erklärt, daß der Abg. Windthorst (Bielefeld) selbst seine Freude geäußert habe, als er, der Redner, eine derartige Beschwerde wegen Maßregelung von Gemeindebeamten vorgebracht habe. Daß man bei jeder Beschwerde den Instanzenweg beschreiten solle, sei unmöglich, da die Zahl derartiger Fälle Legion sei.

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Abgeordneter Windthorst (Bielefeld), daß ihm die persönliche und eigentlich ehrenrührige Bemerkung des Vorredners, daß er seine Freude über unberechtigte Maßregelungen Seitens der Regierung geäußert habe, ganz „kühl bis an's Herz hinan" lasse; er habe damals seine Freude nur über eine gesetzliche Maßregel des Hauses ausgedrückt; es sei sehr zu bedauern, wenn man eine solche sachliche Differenz und eine persönliche Erregung nicht mehr unterscheiden könne.

Ferner bemerkt der Abgeordnete von Schorlemer-Alst persönlich, daß er sich dagegen verwahren müsse, daß die von ihm vorgebrachten Beschwerden nicht wahr seien; er habe die amtlichen Documente verlesen, und wenn da der Vorredner noch sagen könne, daß die Beschwerden nicht wahr seien, so müsse er an seinem gesunden Menschenverstand zweifeln. (Oho! links.)

Abg. Windthorst (Bielefeld) bemerkt, daß er nur von Beschwerden im Allgemeinen gesprochen und die Person des Abg. von Schorlemer-Alst gar nicht bezeichnet habe.

Einzelne Titel des Kapitel 96 „Polizei-Verwaltung in Berlin" werden auf Antrag des Abg. Weber (Erfurt) an die Budget-Commission verwiesen; derselbe begründet seinen Antrag damit, daß die Stellung des Polizei-Präsidiums zu Berlin eine ganz eigenthümliche sei, weil es direct unter dem Ministerium stehe und früher die höhere Instanz über sich selbst bildete. Jetzt ist allerdings durch die neue organische Gesetzgebung der Ober-Präsident als höhere Instanz eingeführt worden. Das Polizei-Präsidium von Berlin scheine nunmehr zu fürchten, daß es in Folge dessen nicht mehr genug zu thun habe, und sucht seine landespolizeiliche Befugniß auf Gebiete auszudehnen, auf denen sie nicht vorhanden ist. So hat es zum Beispiel anläßlich des neuen Bebauungsgesetzes der Stadt Berlin hinsichtlich der Anlegung und Durchlegung von Straßen Hemmnisse in den Weg gelegt, wodurch die wirthschaftlichen und Verkehrsinteressen schwer geschädigt wurden.

Zu einem anderen Titel desselben Capitels beklagt Abg. Röckerath die Lässigkeit der Berliner Polizei bei Beaufsichtigung der Colportage unsittlicher Schriften und Bilder, und wünscht, daß sie auch auf Annoncen unsittlichen Inhaltes ihr Augenmerk richte, denn trotz des Beschlusses des Journalistentages hätten mehrere größere Zeitungen, wie z. B. die „Könische", die „Vossische" und die „National-Zeitung" derartigen Annoncen wieder ihre Spalten geöffnet, und nur die „Kreuz-Zeitung" mache eine rühmliche Ausnahme.

Die Titel werden sämmtlich unverändert genehmigt.

Zu Cap. 97 „Polizei-Verwaltung in den Provinzen" beklagt sich Abg. Fuchs über verschiedene Maßregelungen der Ultramontanen und Ungehörigkeiten von Seiten der Polizei-Behörden bezüglich der Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts. So sei eine Wahlversammlung in der Rheinprovinz von dem Polizeibeamten aufgelöst worden, weil ein Redner den Fürsten Bismarck in gewissem Sinne seinen Collegen genannt habe, eine andere gar, weil darin über Politik gesprochen sei. (Große Heiterkeit.) In Dülken sagte ein Redner, er wünsche, daß das Land bald von den Banden befreit werde, in welche es die Liberalen geschlagen. Darauf erklärte der Polizeiamtmann, der noch dazu der Bürgermeister war, die Versammlung für aufgelöst mit den Worten: „Die Liberalen sind keine Bande!" (Heiterkeit.) Selbst die Schwelle des Gotteshauses schütze nicht mehr vor diesen Maßregelungen, so sei in einem Wallfahrtsorte ein Polizei-Beamter in die gefüllte Kirche gedrungen und als der Vicar auf der Kanzel einer ungerechtfertigten Maßnahme von Seiten der Behörde gegen den Wallfahrtsprediger Erwähnung that, rief er laut: ich erkläre hiermit diese Versammlung für aufgelöst! Nur mit Mühe konnte in diesem Falle bei der Erregung der Gemüther ein heftiger Zusammenstoß vermieden werden. Möge die Regierung endlich Schritte thun, um solchem Paschawesen im Lande ein Ende zu machen.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Der Abg. Windthorst (Bielefeld) machte uns vorhin das Anerbieten, wir möchten uns mit den Oppositionsparteien vereinigen, um unsere Beschwerden mit einem großen Schlage zu erledigen. Ich glaubte schon daraus die Hoffnung schöpfen zu dürfen, daß er wirklich zur Oppositionspartei gehöre, was mir bisher zweifelhaft erschien und daß er uns unterstützen würde. Er hat aber gleich darauf diese Hoffnungen gründlich zerstört. Möge er sich doch einmal erinnern, wie seine Partei in der Conflictszeit die Etatsberathungen zur Vorbringung von Beschwerden ausgenützt hat; wir brauchen kaum so viel Tage, als damals Wochen über die Etatsberathungen hingingen. Herr Windthorst (Bielefeld) steht für mich ganz auf dem Standpunkte des Herrn v. Sybel und ich erkläre: in jede andere Hand der Oppositionspartei würde ich einschlagen, in seine nicht. Ebenso warf uns Herr Lasker vor, daß wir unter Vertheilung der Rollen die Beschwerden in die Länge ziehen. Herr Lasker scheint gar kein Gefühl dafür zu haben, wie sehr er selbst die Geduld des Hauses in Anspruch nimmt. Dem Minister des Innern kann ich nur rathen, daß er seine in Versammlungen beaufsichtigenden Beamten anweise, deutsch zu lernen und deutsch zu verstehen. Es ist traurig und beschämend für ihn, wenn aus solchen Ursachen und Mißverständnissen, wie wir es gehört haben, Versammlungsauflösungen erfolgen.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Wenn meine Parteigenossen früher in der Conflictszeit die Budgetberathungen zu Beschwerden benutzten, so ist das richtig, ich constatire aber, daß das damals in würdiger Weise geschah. Aus dem Munde des Vorredners bin ich Vieles zu hören gewohnt, aber das thut mir doch leid, daß er der Versuchung nicht hat widerstehen können, seinem Collegen Schröder (Lippstadt) Concurrenz zu machen. (Unruhe im Centrum)

Abg. v. Schorlemer: Unsere Beschwerdeführung soll also eine „nicht würdige" sein. Nun, ich kenne meine Würde so gut, daß ich dem Vorredner hierauf gar nichts erwidere.

Zu Capitel 98, Titel 1: Districts-Commissare beantragt Abg. von Colmar statt der Worte: „134 Polizeidistricts-Commissarien mit je 2400 Mark" zu setzen: „134 Polizeidistricts-Commissarien mit 1800 Mark bis 3000 Mark, im Durchschnitt 2400 Mark, steigend nach der Anciennetät mit 100 Mark durch die ganze Provinz." Der Antragsteller weist darauf hin, daß für alle ähnlichen Kategorien von Beamten ein Durchschnittsgehalt ausgeworfen sei. Diese Einrichtung entspreche erfahrungsmäßig den Wünschen der Beamten und dem Interesse des Dienstes.

Nachdem sich der Regierungs-Commissar gegen den Antrag ausgesprochen, wird derselbe vom Hause abgelehnt und die Positionen nach dem Etat bewilligt.

Zu Capitel 99: „Landgendarmerie" beantragt Abg. v. Meyer (Arnswalde): Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, im nächsten Staatshaushaltsetat für eine angemessene Vermehrung der Landgendarmen zu sorgen.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): In Berlin und Umgegend kommt ein Schutzmann oder Gendarm auf 430 Seelen, in dem ganzen übrigen Lande dagegen ein Gendarm auf 6430 Seelen. In Frankreich, wo es 30,000 Gendarmen giebt, kommt auf je 1200 Seelen schon ein Gendarm, mithin ist hierin Frankreich fünfmal so gut gestellt als Preußen. Der Gendarm ist insbesondere auf dem Lande die unentbehrlichste und vorzugsweise wirksame Autorität, die oft höher geachtet wird, als selbst der Landrath. (Heiterkeit.) Bis vor Erlaß der Kreisordnung hatte ich als Landrath 6 Gendarmen zu meiner Verfügung; jetzt sind diese 6 vertheilt auf die 23 Amtsvorsteher des Kreises, mithin kommt auf jeden Amtsvorsteher jetzt 0,38 Gendarmen. Daß das nicht genügt, werden Sie einsehen. Redner verbreitet sich hierauf in sehr ausführlicher und drastischer Darstellung unter großer Heiterkeit des Hauses über die verschiedenen so zahlreichen und schwierigen Obliegenheiten des Amtsvorstehers auf dem Lande, speciell über das Vagabondenwesen, die sogenannte Ungezieferpolizei zur Vernichtung der Reblaus, der Heuschrecken, Mäuse, Raupen, des Coloradokäfers 2c., über die Rindviehpolizei zur Verhütung der Maul- und Klauenseuche 2c. und schließt mit der dringenden Bitte um Vermehrung der Gendarmen, die das Land so nothwendig habe, wie das liebe Brot.

Regierungscommissar Geh. Rath Kehler: Der Antrag des Abg. v. Meyer ist theils zu unbestimmt, theils zu weit gehend. Die Regierung ist vollständig damit einverstanden, daß das, was nothwendig ist, in den Etat eingestellt wird, aber über das was unter „angemessen" zu verstehen ist, läßt sich sehr streiten. Im Jahre 1875 ist eine Uebersicht der Vertheilung der Gensdarmen auf Quadratmeilen und Einwohnerzahl ausgearbeitet worden, und da ergiebt sich allerdings, daß eine große Verschiedenheit stattfindet; in manchen Bezirken kommt ein Gensdarm auf drei Quadratmeilen, in anderen auf weniger als eine; in manchen haben 9000 Einwohner, in andern 3000 einen Gensdarmen. Man kann sich aber nicht lediglich nach dem Durchschnitt der Meilen und Einwohner, sondern muß sich lediglich nach den Verkehrsverhältnissen richten. Es ist durchaus noch nicht abzusehen, ob durch die neue Kreisordnung späterhin eine Vermehrung der Gensdarmen noch nöthig sein wird. Jedenfalls kann man dann nicht die Gensdarmen ganz unbestimmt erhöhen, sondern muß sich nach den Bedürfnissen richten. Ich kann Sie daher nur bitten, den Antrag abzulehnen.

Abg. v. Benda: Nach meinen eigenen Erfahrungen kann ich mich den Ausführungen des Abg. v. Meyer nur anschließen, glaube aber nicht, daß es nothwendig sein wird, den Antrag, wie dies sonst bei solchen Anträgen Praxis des Hauses ist, der Budgetcommission zu überweisen.

Abg. Miquél: Auch ich habe die Erfahrung in den westlichen Provinzen gemacht, daß eine Vermehrung der Landgensdarmen nothwendig ist, und ich habe ja auch schon 1873 einen dahingehenden Antrag gestellt. Aber für bedenklich würde ich es halten, der Regierung gegen ihre ausdrückliche Erklärung, daß es nicht nothwendig sei, eine Vermehrung aufzudrängen. Ausgeschlossen dabei ist jedoch nicht, daß die Regierung selbst noch nicht genauere Informationen von den einzelnen Behörden einzieht und danach ihre Ansicht ändert.

Regierungscommissar Geh. Rath Kehler: Die Regierung hat bisher jedes Jahr die Gendarmen vermehrt und damit den Wünschen des Hauses entsprochen. Sie hat auch stets, wo das Bedürfniß vorlag, Hilfsgendarmen angestellt, aber es würde sich nicht empfehlen, jetzt mit einem Male im Großen vorzugehen.

Abg. v. Meyer: Ich ziehe meinen Antrag zurück, da er doch keine Aussicht auf Annahme zu haben scheint, ich möchte aber der Regierung anheimgeben, sich genauere Informationen über das Bedürfniß im Lande zu erholen.

Abg. Dr. Petri bittet die Regierung um Auskunft über die rechtliche Stellung der Gendarmerie-Offiziere.

Regierungs-Commissar Geheimer Rath Kehler erwidert darauf, daß durch den vorjährigen Etat jenen Offizieren eine bestimmte Charge ertheilt worden sei und daß sie demgemäß auch unter das Militärpensionsgesetz von 1871 fielen.

Abg. Dr. Petri ist der Ansicht, daß, da ein Etatgesetz nur auf ein Jahr Giltigkeit habe, eine andere gesetzliche Regelung der Frage nothwendig sein würde.

Abg. Kieschke glaubt, daß nach den ausführlichen Erörterungen des vorigen Jahres jener Bestimmung, wie der Regierungs-Commissar richtig angegeben, fortdauernde bindende Kraft zuzusprechen sei.

Capitel 99 wird hierauf genehmigt.

Cap. 100 Titel 1 wirft „zu geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei" 120,000 Mark aus.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Aus dem Fonds, um welchen es sich hier handelt, werden auch diejenigen Blätter unterstützt, welche man als Regierungsblätter, Reptilien u. s. w. bezeichnet. Nun ist Ihnen ja nicht unbekannt, daß es einen gewissen Lesezwang für diese Blätter giebt. Neben diesem Lesezwang besteht aber auch noch ein Inseratenzwang, indem die Behörden sämmtlich verpflichtet sind, mit Umgehung der gelesensten Blätter die amtlichen Publicationen in jenen Zeitungen zu veröffentlichen. Wenn es sich um Verkäufe und Subhastationen handelt, so geht dies noch an; weiter geht die Sache schon, wenn die Wahlbezirke nur dort publicirt werden; geradezu als unerhört und als eine Beschränkung der öffentlichen Freiheit aber muß ich es bezeichnen, daß Annoncen, von denen Leib und Leben abhängig ist, wie die Ankündigung eines Militärscheibenschießens für einen gewissen Bezirk, nur in jenen selten gelesenen Blättern veröffentlicht werden. Da war man ja zur Zeit der Censur besser daran, wo alles Polizeiwidrige gestrichen wurde, aber alles Andere in jedes Blatt hineinkam. Es handelt sich bei dem vorliegenden geheimen Fond um eine Sache des Vertrauens, und dies können wir zu diesem Minister nicht haben. Wenn von Seiten der Regierung Beamte abgesetzt werden, nur weil sie eine andere religiöse Anschauung haben, während sie sonst ihre Pflicht erfüllen und das Vertrauen ihrer Mitbürger genießen, so zerreißt das letzte Band zwischen Regierung und Bevölkerung und es wird der Eindruck zurückgelassen, daß man unter einer Fremdherrschaft steht. (Unruhe.) Auf diese Weise wird die communale Freiheit und Selbstverwaltung, die Basis aller anderen Freiheiten, zu Grunde gerichtet, und die politische Freiheit wird bald nachfolgen. Alle anderen Parteien werden zurückgewiesen, die Fortschrittspartei, die ultramontane und auch die conservative, und ich möchte wohl wissen, wie der Torso einer den Augen der Regierung wohlgefälligen Communal-Verwaltung aussieht. Der Minister hat uns aufgefordert, mit sämmtlichen anderen Parteien geschlossen gegen die Socialdemokraten einzutreten. Dazu kann ich die Hand nicht reichen, weil ich der Ansicht bin, daß man gegen eine Partei nicht mit Gewalt vorgehen muß, und mit der fortwährenden Verletzung des Vereinsrechts wird die Regierung gewiß die Socialdemokratie nicht unterdrücken. Dies ist einzig und allein durch die communale Freiheit möglich; schaffen Sie uns diese und die Communen werden schon selbst mit der Socialdemokratie fertig werden. (Beifall im Centrum.)

Abg. Richter (Hagen: Es handelt sich hier um einen Fonds, der nicht specifisch sicherheitspolizeilichen Zwecken dient; man hat wohl Grund, Fonds zur Entdeckung von Verbrechen in ihren einzelnen Verwendungen vor Verbrechern geheimzuhalten, aber doch nicht vor der Oberrechnungskammer. Dieser Fonds ist ein politischer, ein Zwillingsbruder des geheimen Fonds im Staatsministerium, welcher ja auch unter der Verwaltung des Ministers des Innern steht. Wir sind von jeher gegen diesen Fonds gewesen, den wir nicht für erforderlich halten und wegen seiner mißbräulichen Verwendung unter dem gegenwärtigen Ministerium nicht bewilligen können, weil die Bewilligung ein Vertrauensvotum enthalten würde. Der Minister hat darauf hingewiesen, daß alle Parteien, denen an der Erhaltung der Ordnung und der Gesellschaft gelegen sei, der Socialdemokratie entgegentreten müßten; ich bedaure nur, daß er niemals objectiv über die Socialdemokratie spricht, sondern das immer benutzt als Kampfmittel gegen andere, nicht socialdemokratische Parteien, indem er diesen die Ausbreitung der Socialdemokratie zum Vorwurf machte. Ich kann diese Art, wie der Minister des Innern diesen Vorwurf gegen die Centrumspartei machte, nicht für gerechtfertigt halten; die Socialdemokraten haben mit den Ultramontanen in ihrer Agitationsweise manches Gemeinsame und Verwandte, aber man kann nicht sagen, daß, wo die Ultramontanen vorherrschen, auch die Socialdemokraten stark vertreten sind; aber aus anderen Gründen, als der Abg. von Schorlemer anführte. Die Intensität des Kampfes ist nämlich so stark, daß der Ultramontanismus neben sich die Socialdemokratie noch nicht hat aufkommen lassen. Das allgemeine Mißvergnügen und die wirthschaftlichen Zustände hat die Socialdemokratie benutzt zum Kampf gegen die vorherrschenden parlamentarischen Parteien, auf welche alles das zurückgeführt wurde. Den Tendenzen der Socialdemokratie stehen die Ideen der liberalen Parteien auf das Schärfste gegenüber, denn auf wirthaftlichem Gebiete hat sich eine Trennung der liberalen Parteien noch nicht bemerkbar gemacht.

Nach unserer Ansicht kann der Staat vielfach fördernd eingreifen, aber für den Gang, den die Volkswirthschaft in dem freien Spiel der Kräfte nimmt, kann man den Staat nicht verantwortlich machen. Wo der Liberalismus zur Herrschaft gelangt ist, wie z. B. in England, giebt es keine Socialdemokratie; nur der alte Polizeistaat, der überall auch in die wirthschaftliche Thätigkeit eingreifen wollte, konnte es für seine Aufgabe halten, durch seine Einrichtungen die wirthschaftliche Blüthe hervorzuzaubern. Ich will den Herrn Minister nicht als Verkörperung des Polizeistaates hin-

stellen, er hat sich doch der Befreiung wirthschaftlicher Verhältnisse nicht in den Weg gestellt, aber in seinen unteren Organen und den ihn befreundeten Parteien stecken diese Anschauungen noch in erheblichem Maße. Die Socialdemokratie versteckt ihr Programm und weist nur auf die allgemeine Calamität hin, an welcher die jetzigen Ministerparteien und Gesetze schuld seien. Die unteren Organe des Ministers haben sich der conservativen Agitation gegen die Liberalen warm angenommen, gegen die Fortschrittspartei vielleicht mit etwas mehr Eifer als gegen die Nationalliberalen, und von conservativer Seite wurden für die Calamität ebenfalls die Liberalen verantwortlich gemacht; also derselbe Ton, wie in den socialdemokratischen Agitationen. Der Zweck sollte nicht die Mittel heiligen. Der Minister hat neulich bemerkt, die Fortschrittspartei habe ihm den Vorwurf gemacht, daß er gewissermaßen die Socialdemokratie gefördert habe; das ist nicht in dem Maße der Fall gewesen; zwei Drittel dieser Schuld fällt auf den Fürsten Bismarck; der Minister des Innern hat aber auch die Sache zu leicht genommen und sein ganzes Verwaltungssystem ist wenig geeignet, der Socialdemokratie Hindernisse zu bereiten. Polizeiliche Maßregeln aller Art, Disciplinirung, Nichtbestätigung, Versammlungs-Auflösung dient oft nur dazu, die Agitation noch zu verschärfen und zu beleben. Der Minister des Innern, der bereits 14 Jahre im Amte ist, hat eine größere Verantwortlichkeit für seine unteren Organe, wie jeder andere Minister. Wenn er das Verhalten derselben nur als ungeschickt bezeichnet, so schreckt das keine Beamten ab, auf dem Wege fortzufahren. Vom Centrum sind derartige Beschwerden vorgebracht worden und unser Schweigen dabei soll nicht unser Einverständniß mit den Regierungmaßregeln bedeuten.

Die Gebildeten und Besitzenden sollten vereint wirken gegen diese Scheidung der Gesellschaftsklassen, wie sie die Socialdemokratie anstrebt. Schulze-Delitzsch hat bei dem ersten Auftauchen der Socialdemokraite in Berlin in öffentlichen Vorträgen sich Mühe gegeben, dieser Bewegung entgegenzutreten. Dann sind eine Reihe von Vereinen 2c. entstanden, welche mit Beihilfe der oberen Gesellschaftsklassen die unteren in ihren berechtigten Bestrebungen unterstützen sollten, auf wirthschaftlichem Gebiete und durch Vermehrung der Bildung. Aber dafür hat sich der Minister niemals interessirt und niemals ein gutes Beispiel gegeben, wie denn überhaupt der Kreis seines intensiven Interesses ein sehr beschränkter ist. (Heiterkeit.) Und der Beamtenstand, der einen großen Theil der gebildeten Klasse ausmacht, enthält sich der Theilnahme an diesen humanitären Bestrebungen, um sich der vorgesetzten Behörde nicht mißliebig zu machen. Wenn der Minister nur alles Mißliebige niederhält, so entsteht eben ein gewisses Stillleben, es entstehen Sümpfe und die Socialdemokratie ist eine solche Sumpfpflanze, die da am Besten gedeiht, wo wenig reges politisches Leben herrscht. (Sehr richtig!) Daß die Betheiligung bei den Wahlen eine so schwache war, liegt eben in dem Verhältniß der Regierung zum Parlamentarismus; wenn von den Volksvertretern einmüthig Forderungen erhoben werden und der Minister Eulenburg und Fürst Bismarck bleiben dagegen beständig im Widerspruch, so stumpft so Etwas die Interessen an den Wahlen ab. Darum kann man das Volk erst dann für den vollen Gebrauch seines Wahlrechtes verantwortlich machen, wenn die Minister in höherem Maße als jetzt der Volksvertretung gegenüber verantwortlich sind.

Die „Provinzial-Correspondenz" warf gleich nach den Wahlen die Fortschrittspartei und die Socialdemokratie zusammen und freute sich über die Einbuße, welche die erstere erlitten; das ging aber z. B. der nationalliberalen Partei ebenso. Aber man sagt ja im Sprichwort, daß Jedermann die Neigung hat, zu seiner alten Liebe zurückzukehren und so mag auch der Minister zum ersten Gegenstand seines Kampfes, zum Kampf gegen die Fortschrittspartei wieder zurückgekehrt sein; aber er sollte doch auch bedenken, daß dieser Kampf der Fortschrittspartei noch nichts geschadet hat, denn wir sind hier in derselben Zahl erschienen, wie vor jener letzten schroffen Verurtheilung durch die „Provinzial-Correspondenz". Bei den Stichwahlen zum Reichstage erschien wieder der Minister auf dem Plane und rief alle „staatserhaltenden Kräfte gegen die Fortschrittspartei auf. Der Humor bekam sein Recht, indem im ersten Wahlkreise die Socialdemokraten — von einem Bündnisse kann man allerdings nicht sprechen — aus eigener Initiative. (Abg. Lasker: Das ist nicht wahr!) Ich bedauere, das sagen zu müssen; aber ich muß anführen, daß bekannte socialdemokratische Persönlichkeiten Stimmzettel für Herrn von Forckenbeck vertheilt haben, und daß die Socialdemokratie das Resultat, die Wahl des Dr. Max Hirsch mit dem allgemeinen Ausdrucke des Unwillens entgegennahmen. Vielleicht hat der Minister auch zu einer größeren Munterkeit auf unserer Seite beigetragen, denn wir sind bei der Stichwahl außerordentlich glücklich gewesen. Die fortschrittliche Hydra ist derartig, daß, wenn es ihm auch gelingt, an einer Stelle einen Kopf abzuschlagen und dafür einen Landrath oder Polizeipräsidenten anzupflanzen, an der anderen Stelle andere Köpfe zuwachsen. Wir kämpfen gegen den Minister als Staatsmann und gegen seine amtliche Richtung und sind der Meinung, daß er der socialdemokratischen Bewegung gegenüber nicht der richtige Mann ist, und auch aus diesem Grunde neben manchen anderen verweigern wir den Fonds. (Beifall in der Fortschrittspartei.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich begreife nicht, wie man mir in derselben Rede eine nur niederhaltende Thätigkeit vorwerfen und zugleich sagen kann, daß ich durch die „Provinzialcorrespondenz" eine rührige politische Agitation hervorgerufen habe. Es ist richtig, daß die Regierung manche Tendenzen hat niederhalten müssen, aber man wird andererseits ihr zugestehen, daß sie auf vielen politischen und wirthschaftlichen Gebieten belebend und anregend gewirkt hat. Die Aufgabe einer guten Regierung ist nicht nur, daß sie den Forderungen geringer Majoritäten, also immerhin doch nur einzelner Theile der Volksvertretung, unbedingt nachgiebt — dann wäre ja die Regierung überflüssig — sondern sie muß abwägen, wie weit sie solchen Forderungen, als vernünftigen, Folge leisten könne. Denn ich muß annehmen, daß solche Forderungen, denen die Regierung entgegentreten muß, nicht aus Oppositionslust, um den Staat zu schwächen, gestellt werden, sondern mehr aus politischem Leichtsinn, weil die Forderer sich nicht genügend über die Tragweite der Forderung Rechenschaft geben. Ich habe nicht, wie mir vorgeworfen wurde, gesagt, daß die Socialdemokraten aus dem Ultramontanismus hervorgegangen sind, sondern ich habe nur auf den Vorwurf, daß ich der Vater der Socialdemokratie und besonders der Urheber des Ergebnisses der Solinger Wahl sei, geantwortet, nicht ich, sondern der Ultramontanismus sei mitschuldig an der Ausbreitung der Socialdemokratie und eben so mitschuldig sei die Fortschrittspartei. Ich habe auch nicht gesagt, daß die Socialdemokratie mit Gewalt unterdrückt werden müsse; im Gegentheil, ich halte das für ein ganz ungeeignetes Mittel. Wenn man das Uebel heilen will, dann muß man seine Wurzeln klar legen, und da komme ich zu dem Resultate, daß eine Organisation wie die Socialdemokratie nicht aus freiem Felde hervorwächst, sondern das Product falscher Parteibestrebungen ist, und für solche halte ich den Ultramontanismus und die Berliner Fortschrittspartei. (Hört!) Von der letzteren bedauere ich, daß ein Theil ihrer Mitglieder, mit leidlich schönen Talenten ausgestattet (Heiterkeit), sich auf einem so verkehrten Wege befindet. Wenn die Fortschrittspartei stets Forderungen stellt, welche die Regierung nicht bewilligen kann, weil sie an den Grundvesten des Staates rütteln; wenn die Ultramontanen immerfort die Gesetze angreifen und so auf der anderen Seite eine Erbitterung, die Ursache vieler polizeilichen Uebergriffe, erregen, dann muß ich allerdings sagen, daß sie in den niedrigen Bevölkerungsklassen das Gefühl der Gesetzlosigkeit wecken und den Widerstand gegen alles Bestehende stärken. Deshalb habe ich den Wunsch, daß alle conservativen und erhaltenden Parteien sich vereinigen zur Bekämpfung des bösen Willens und der politischen Unklugheit der Parteien. (Beifall links und rechts; Zischen im Centrum und Fortschritt.)

Abg. Miquel: Ich glaube, daß die Debatte den Eindruck gemacht hat, die Parteien haben nicht gegen diese Position von 120,000 Mk. gekämpft, sondern dieselbe benutzt, um an dieser Stelle ihre Stellung zur Regierung zu kennzeichnen. Beide Redner haben mit der Nichtbewilligung ein Mißtrauensvotum für die Regierung geben wollen. Wir wollen mit der Bewilligung kein Vertrauensvotum geben, und ich glaube auch nicht, daß die Regierung darin ein solches erblicken will, sondern wir bewilligen sie, weil die Summe eine mäßige und jedem Ministerium außerordentlich nöthig ist; wir würden sie auch einem ultramontanen Ministerium bewilligen. (Abg. Windthorst [Meppen]: Gewiß nicht!) Auf den Excurs der Vorredner, wer der Vater der Socialdemokratie sei, gehe ich nicht ein; er hat nur einen historisch-theoretischen Charakter. Ich muß nur die Thatsache in Abrede stellen, daß die national-liberale Partei im Bündniß mit der Regierung die Hilfe der Socialdemokraten bei den Wahlen gesucht hätte. Die national-liberale Partei war es gerade, welche am Vorabend der Wahl die ihr für Berlin angebotene Hilfe der Socialdemokraten direct zurückgewiesen hat, während der geschlagene Candidat des Centrums in Offenbach ausdrücklich seine Parteigenossen öffentlich aufgefordert hat, gegen den national-liberalen Candidaten Dernburg für den Socialdemokraten zu stimmen, weil dies für die augenblickliche Politik des Centrums wünschenswerth sei. Man hat das allerdings von einzelnen Seiten zurückgewiesen und ich glaube, man hat Grund dazu, denn solche Politik kann auch den Interessen des Centrums nicht dienen. Ich habe den Wunsch, daß der Culturkampf nicht unnöthig ausgedehnt werde auch gegen das Centrum und dieses wird nicht verkennen, daß seine Presse in der Hitze des Kampfes eine Sprache führt, welche den Boden aller staatlichen Ordnung untergräbt, während ich glaube, daß es in einer wirthschaftlichen und politischen Krisis, wie der jetzigen, Pflicht aller staatserhaltenden Parteien wäre, den Ast nicht abzusägen, auf dem sie selber sitzen. Deshalb werden wir, so lange das Deutsche Reich noch im Werden begriffen ist, alle Conflicte, sofern sie nicht unbedingt geboten erscheinen, vermeiden, und ich glaube, daß auch in der Fortschrittspartei viele Männer dieser Meinung sind, denen ich wünsche, daß es ihnen gelingen möge, ihre Gesinnung auch innerhalb ihrer Fraction zur Geltung zu bringen. Denn der Kampf zwischen den liberalen Parteien hat gerade denen am wenigsten genutzt, die ihn provocirt haben. Auch wir sind mit einzelnen Maßregeln des Ministers nicht einverstanden, aber wir erkennen ihm das Verdienst zu, daß er durch die Selbstverwaltungsgesetze die Begründung communaler Freiheit wesentlich mehr gefördert hat, als alle liberalen Minister vor ihm. Wir werden die Position bewilligen. (Beifall.)

Abg. v. Tschirschky: Wenn die Ultramontanen ihrer Partei dadurch ein gutes Relief zu geben versuchen, daß sie behaupten, in ultramontanen Gegenden seien die Socialdemokraten in verschwindender Anzahl, so beweist das nur, daß die Ultramontanen noch viel staatsgefährlicher sind als die Socialdemokraten. (Heiterkeit.)

Abg. Wehrenpfennig: Der Abg. v. Schorlemer hat in seiner Rede sich wieder auf eine frühere Aeußerung von mir bezogen. Ich habe bei Gelegenheit des Sperrgesetzes, dessen Härte wir ja nicht verkannt haben, die Regierung aufgefordert, recht wohl daran zu denken, daß sie genöthigt sein werde, immer schärfere Gesetze uns vorzulegen, wenn sie nicht gleichzeitig dafür sorgte, daß zwischen dem Geiste der Verwaltung und dem Geiste der Gesetzgebung eine Einheit sei und habe allerdings darauf hingewiesen, daß unter den höheren politischen Beamten vom Landrath aufwärts Elemente sich finden sollten, welche nicht etwa katholisch – das ist mir nicht eingefallen — sondern welche im kirchenpolitischen Sinne ultramontan gesinnt seien, nicht geeignet, solche Gesetze pflichtgemäß auszuführen. Aus dieser Aeußerung hat der Abg. Schröder (Lippstadt) eine allerdings nachher von ihm provocirte Denunciation gemacht, die ich gegen einzelne Personen geübt habe. Das hat man nun wieder benutzt, um dieser Seite des Hauses den Vorwurf zu machen, daß sie in verfassungswidriger Weise Rücksicht nehmen wollte auf das religiöse Bekenntniß bei der Wahl der Beamten oder bei der Belassung im Dienst. Diese Aeußerungen gehören leider zu den traurigen Mitteln, die nur dazu dienen, die Parteien im Lande noch mehr gegen einander zu reizen. Ich will den Herren von der Centrumspartei ein Beispiel aus ihren Kreisen dagegen anführen. In Düsseldorf wurde von Seiten der neuen Selbstverwaltungsbehörde eine Baumeisterstelle ausgeschrieben. Es meldete sich dazu ein junger Mann mit vortrefflichen Zeugnissen, auf den man entschieden reflectirte. Da fragte ihn zufällig ein Mitglied des Provinzialraths, Herr Forster, welcher Confession er sei. Als der junge Mann sich zur protestantischen bekannte, schickte man ihn fort, weil man in einer katholischen Gegend keinen protestantischen Baumeister brauchen könne. Man soll also die Mahnungen an die richtige Instanz richten, an die Kreise, welche dem Centrum nahe stehen, deren Verfahren gegen die Grundsätze der Verfassung läuft.

Dieser Fall ist aufgeführt in Nr. 6 der „Bauzeitung". Es ist ferner gesagt worden, daß hier am 26. Januar die Nationalliberalen mit den Socialdemokraten für Forckenbeck gestimmt hätten. Es handelte sich am 26. Januar bekanntlich um Stichwahlen zwischen dem nationalliberalen und dem fortschrittlichen Candidaten in zwei Wahlkreisen. Im dritten haben meine Parteigenossen offen für den fortschrittlichen Candidaten Partei ergriffen. In den anderen beiden hat man mit den Socialdemokraten unsererseits weder kokettirt, noch durch Zwischenagenten verhandelt, sondern in der Parteiversammlung in der Urania hat der Vorsitzende den socialdemokratischen Führer, welcher ein Bündniß antragen wollte, nicht einmal zum Worte gelassen. Begreiflich sind solche Vorwürfe von Seiten des Centrums. Durch alle Zeitungen sind die Vorgänge gegangen in Elberfeld, in Solingen, in Mainz, in Offenbach, in Hanau und im zweiten Wahlbezirk von München, doch darauf will ich nicht eingehen. Wenn man aber triumphirend sagt, daß die Socialdemokraten in ultramontanen Gegenden den wenigsten Boden gefunden haben, so hat das theilweise seinen Grund in der eigenthümlichen priesterlichen Organisation der Partei, ich erinnere an die zahlreichen Gesellenvereine und dergl. Der Hauptgrund liegt darin, daß sie diejenigen Klassen der Bevölkerung, die sich weniger durch wirklich politische Bildung, als vielmehr durch Neigung zu starken Schlagwörtern auszeichnen, in so ausreichendem Maße befriedigt, daß es für die Socialdemokratie neben ihnen unmöglich ist, zu wirken. (Lachen im Centrum.) Ich fordere Sie auf, einmal unparteiisch die Hauptstellen aus den Reden der Herren zusammenzustellen, die mitunter bis zu Ausdrücken, wie „Unverschämtheit" und „Frechheit", sich verstiegen, die so klug componirt waren, daß der Präsident mittels der Geschäftsordnung ihnen nichts anhaben konnte; und Sie werden daraus den Schluß ziehen müssen, daß es in diesem preußischen Staat überhaupt nichts mehr giebt, was sie nicht, so weit die Kraft ihrer Rede reicht, in seinem Fundamente zu erschüttern suchen.

Keine Achtung vor den Gerichten — denn wenn Jemand einen höchsten Gerichtshof mit einem Namen bezeichnet, der nur bezweckt, diesen Gerichtshof verächtlich zu machen, so kann man das nicht Achtung vor den Gerichten nennen; keine Achtung vor den Gesetzen — denn wenn Jemand die Gesetze, welche unter Zustimmung der Mehrheit des Landtages zu Stande gekommen sind, unter Zustimmung der Regierung und Sanction des Königs, als Ausdruck asiatischer Despotie bezeichnet und sagt, daß unter diesen Gesetzen ein Theil der Bevölkerung so sehr die Freudigkeit verloren habe, daß er sich wie unter der Fremdherrschaft fühle, so sind Sie für die Zerstörung der staatlichen Ordnung schlimmer wirkend, als die Socialdemokraten. (Zustimmung links.) Ich habe die Wahlaufrufe der Socialdemokraten genau verfolgt und muß anerkennen, daß dieselben mit großer Klugheit das eigentliche wirkliche Programm ihrer Lehre überall versteckt haben. In den Aufrufen, die hier in Berlin in vielen Tausend Exemplaren plötzlich in jedem Hause erschienen, war nichts zu bemerken von Aufhebung und Gemeinschaftlichkeitserklärung des Eigenthums, nichts von der großen Fabrikkaserne, zu der man den Staat machen will, nichts von der Aufhebung der Ehe, Familie u. s. w., sondern nur: das Elend wollen wir wegschaffen, das Elend, welches durch die liberale Gesetzgebung geschaffen ist — und nun kommen die ganzen wirthschaftlichen Anklagen über die Nothlage, die auf den Staat, die Gesetzgebung und die Parlamente geworfen wurden. Der Eindruck dieser Flugblätter war, daß nur, wenn die wahre reine Volksdemokratie ans Ruder käme, den Verhältnissen abgeholfen werden könnte, während heute noch die Bourgeoisie und die höheren Stände herrschten. Nun, das war eine gemäßigte Sprache gegenüber der, welche die ultramontane Partei führte; ich habe nichts bemerkt von Schmähung der Gerichte, der Gesetze, des ganzen nationalen Staats, als bestände er thatsächlich aus zwei Elementen, aus einer Nation, die den kleineren Theil an der Kette herumführte. Was ist natürlicher, als daß das große Publikum, welches sich um Politik nicht speciell bekümmern kann, durch diesen ultramontanen Alkohol so berauscht ist, daß es kein Bedürfniß für den socialdemokratischen Alkohol hat. (Unruhe und Lachen im Centrum.)

Man hat gesagt, den Socialdemokraten sei in gesetzwidriger Weise das Vereinsrecht genommen. Es ist dies wieder eine jener unwahren Behauptungen, durch die man die Richtersprüche der Gerichte des Landes herabzusetzen und zu verdächtigen bemüht ist. Man hat bestimmte socialdemokratische Organisationen aufgehoben, weil nach unseren Gesetzen Filialbildungen von Vereinen verboten sind, und weil nach Ansicht der Gerichte im vorliegenden Falle es sich um solche Filialbildungen handelte. Daß das Verbot für die Partei im Ganzen vollkommen gleichgiltig war, haben die socialdemokratischen Wahlen gezeigt. Ich will Ihnen (zum Centrum) ganz ehrlich sagen, was ich von der Tendenz Ihrer Politik halte; Offenheit ist ja immer gut. Sie sehen vor sich eine ernste, umfassende socialistische Bewegung, die die unsinnigsten und verbrecherischsten Utopien anstrebt. Sie sehen, daß Millionen von Menschen, ohne Kenntniß der Ziele, gedrückt durch die wirthschaftliche Noth, dieser Strömung folgen. Sie sehen, daß Jeder, der sich ernsthaft um Politik kümmert, von dem Ernst dieser Situation erfaßt wird und sich mit Ekel von all den Fractionsstreitigkeiten abwendet, die uns den Blick auf diese Hauptsache beschränken. Sie wissen, daß auch die höheren, maßgebenden Kreise von diesem Anblick ergriffen sind und Sie meinen vielleicht, daß die Zeit nahe ist, wo man nur durch eine straffe, energische politische Reaction diese Strömung hemmen zu können glaubt. Diese Reaction wird sich dann, wie Sie erwarten, nach ihren natürlichen Bundesgenossen umsehen und als solche Bundesgenossen betrachten Sie in erster Linie sich selbst, von denen man weiß, daß Sie nicht für politische Freiheit kämpfen, sondern für die Herrschaft des kirchlichen Staates über den politischen. (Widerspruch im Centrum.) Wenn dann jene politische Reaction es machte, wie schon einmal im Jahre 1850, und gäbe den Bischöfen Alles, was sie wollen und gäbe Ihnen alle Staatsrechte preis, dann hätten Sie Ihr Spiel gewonnen, dann könnte die politische Reaction treiben, was sie wollte, dann wäre der verhaßte Liberalismus unterdrückt und wir — am Ende der vernünftigen bürgerlichen Freiheit und am Ende des nationalen Staates. (Sehr wahr! Unruhe im Centrum.) Ich hoffe aber, so lange nationaler Sinn und Sinn für bürgerliche Freiheit in den politischen Parteien lebendig ist, daß sich immer Männer genug zusammenfinden werden, die unter der Fahne des nationalen Staates und unter der Fahne verständiger bürgerlicher Freiheit diejenigen gemeinsam bekämpfen werden, welche diesen Staat und neben diesem Staat die heutige Gesellschaft niederwerfen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Windthorst (Meppen): In der Rede des Abg. Wehrenpfennig spielte der Alkohol eine so bedeutende Rolle, daß es mir in der That fraglich ist, ob man im Ernst darauf noch antworten soll. Was die Erzählung von dem Verhalten des Provinzialraths Forster gegen den jungen Baumeister anbetrifft, so erwidere ich nur kurz, daß dieser Herr Forster allerdings katholisch sein soll, aber liberal gewählt hat und der liberalen Partei angehört. (Hört! im Centrum.) Derselbe mag sich also über sein Verhalten, das ich allerdings, wenn es auf Wahrheit beruht, auch meinerseits nur energisch verurtheilen kann, mit seinen liberalen Freunden auseinandersetzen. Wenn Herr Wehrenpfennig aber so zartfühlend ist, so sehe er sich doch einmal um, wie es in der Staatsverwaltung aussieht. Finden Sie da noch überhaupt Katholiken in irgend einer einflußreichen Stellung? Es wäre denn, daß sie gesonnen sind, ihre kirchlich-religiöse Ueberzeugung auf den Altar der Beförderung niederzulegen. (Sehr wahr! im Centrum.) Ich nehme diese Gelegenheit wahr, um hier öffentlich vor dem Lande die ganze katholische Jugend aufzufordern, sich in ihrer Carrière vom Staats- und Communaldienst fern zu halten und sich ganz auf eigene Kraft zu stellen, denn sie haben von oben her vom Staat und von den Communen nichts zu erwarten. Man muß solchen Rath ertheilen gegenüber dieser excessiven Intoleranz, die gegen uns geübt wird. Was den Vorwurf betrifft, wir achteten die Gerichte nicht, so erwidere ich: Wenn wir dieses oder jenes Erkenntniß kritisiren, so ist das noch kein Angriff gegen die Gerichte selbst. Lesen doch die Herren einmal gefälligst die stenographischen Berichte aus der Conflictszeit, die Reden der Herren Twesten und ganz besonders des Prof. Gneist. Wir respectiren die Gesetze und fühlen ihre sehr große Strenge gegen uns; sie wird uns durch Strafen an Geld und Gefängniß tagtäglich lebendig erhalten; wir leisten passiven Widerstand, das ist aber keine Aggression gegen die Gesetze, deren formale Giltigkeit wir anerkennen. Aber wir sind der Ueberzeugung, daß ein uns feindliches Regiment uns Gesetze auferlegt, die formell das Ansehen der Gesetze haben, in der That aber nichts anderes sind, als Willkürmaßregeln (oho! Zur Ordnung!), nichts anderes, als die Bedrängung unseres Gewissens und unserer Gewissens-Freiheit. (Wiederholter Ruf: Zur Ordnung!)

Präsident: Ich habe in der That in der Kritik dieser Gesetze dem Redner früher und bisher sehr viel gestattet, aber eine generelle Bezeichnung der Gesetze als Willkürmaßregeln kann ich nicht dulden und rufe den Redner deshalb zur Ordnung.

Abg. Windthorst (fortfahrend): Ich wiederhole also, daß die Gesetze formell rechtsgiltig sind, aber materielles Recht allerdings nicht begründen, und darum allein handelt es sich. Dann hat der Abg. Wehrenpfennig gemeint, wir wären schlimmer als die Socialdemokraten, — und der Abg. Tschirschky hat ihm darin mit einer wunderbaren Logik sekundirt — und hat auf die Wahlaufrufe hingewiesen. Nun, die Wahlaufrufe aller Parteien, die ich gelesen habe, sind lebendig gehalten und über das Maß der Lebendigkeit hinausgehend, was sehr natürlich ist, die der Nationalliberalen nicht am wenigsten, und ganz besonders die ihres Moniteurs, der „National-Zeitung." Hier kann man nur sagen: peccatum intra et extra muros. Meine Herren! Die Statistik über die Vorfälle bei den Wahlen und die Unterstützung der verschiedenen Parteien bei den Stichwahlen ist noch nicht abgeschlossen und ich werde im Reichstag darauf des Näheren zurückkommen. Ich wende mich nun zu dem Minister des Innern, der uns offen erklärt hat, die Socialdemokratie sei entstanden aus der ultramontanen Partei. Ich bin erstaunt gewesen über diese Geschichtskenntniß und dieses Resultat der Studien des Herrn Ministers. Meine Herren! studiren Sie die Geschichte, so werden Sie finden, daß bei allen Völkern in gewissen Entwickelungsstadien ähnliche oder ganz dieselben Erscheinungen zu Tage getreten sind. Das war bei den heidnischen Völkern der Fall und auch später; was die Deutschen betrifft, so brauche ich nur auf die Bauernbewegungen hinzuweisen. Als die Basis zur heutigen Socialdemokratie gelegt wurde, da war von einer ultramontanen Partei noch gar keine Rede, da gab es noch keinen Culturkampf.

Der hervorragende und allerdings bedeutende und geistreiche Begründer dieser Schule ist Herr Lassalle. Glaubt der Minister etwa, der sei aus der ultramontanen Schule hervorgegangen? Viel eher könnte man sagen, er sei aus einer Schule, die der des Herrn Ministers sehr nahe steht; denn er hat bekanntlich mit sehr hohen Personen in sehr genauer Verbindung gestanden. Ich bedaure, daß der Minister einer so ungeheuer wichtigen Sache, wie es die sociale Bewegung ist, mit einer solchen Unwissenheit gegenübersteht. Wenn der Minister des Innern in solcher Unkenntniß der thatsächlichen Verhältnisse, der Quellen und der Bedeutung dieser Bewegung der Socialdemokratie wirksam entgegentreten zu können glaubt, dann sage ich aus vollster Ueberzeugung: wir werden unter seiner Führung die sociale Bewegung immer mehr erstarken und wachsen sehen. Es kann Niemand ein entschiedenerer Gegner der Socialdemokratie sein als ich; wenn dieselbe jetzt in einer größeren Zahl von Anhängern und Vertretern zur Erscheinung kommt, so ist die Ursache davon etwas tiefer zu suchen. Einmal zunächst ist die literarische Bekämpfung der socialdemokratischen Lehre im alleräußersten Maße schwach, und wenn sich Herr Wehrenpfennig in Wahrheit einen Preis erringen will, dann möge er doch die ultramontane Hetze gegen die ultramontane Partei einmal einstellen und die wissenschaftlichen Theorien des Socialismus in wahrhaft wissenschaftlicher Weise bekämpfen; das wäre eine würdigere Aufgabe für ihn und für seine „Preußischen Jahrbücher". Die Tagespresse behandelt die Socialdemokratie und die ganze sociale Frage in einer vollkommen schülerhaften, überaus oberflächlichen, ja oft in ganz unqualificirbarer Weise (Rufe: Sehr wahr!) und es ist deshalb wohl begreiflich, daß eine so mangelhaft literarisch bekämpfte Lehre mehr und mehr obsiegt. Die Herren sollten sodann doch wissen, daß die Herren Socialdemokraten sehr offen aussprechen, die sociale Frage sei eine Magenfrage, und wenn sie jetzt so zahlreich auftreten, so ist das ein Beweis, daß in dieser Zeit diese Magenfrage immer dringender geworden ist. Seien Sie versichert, m. H., die Hälfte der Stimmen, die die Socialdemokraten erhalten haben, sind hervorgegangen aus der materiellen Noth im gegenwärtigen Augenblick, und wenn der Minister des Innern wirklich mit Erfolg die Socialdemokratie bekämpfen will, so möge er den Culturkampf aufgeben und ernstlich daran gehen, die materielle Noth zu bekämpfen und zu beseitigen.

Seit ich hier bin und gerade hier in Berlin diesen Kampf der Socialdemokratie sehe, habe ich es mir zur Pflicht gemacht, wo immer ich über die Sache in Schriften etwas fand, mich zu unterrichten und an dem Wahltage hier in Berlin bin ich von Wahllocal zu Wahllocal gegangen um zu sehen, wie die Sachen stehen, und habe die Leute, die mir begegneten, gefragt, und ich versichere Ihnen, meine Herren, die Leute, welche die socialdemokratischen Stimmzettel trugen, waren in der Regel sehr wohlgekleidete, sehr gut aussehende und anscheinend recht gut situirte Männer. Diese Herren habe ich sodann gefragt, für wen sie denn stimmten und wenn sie mir den Socialdemokraten nannten, habe ich meine Verwunderung ausgesprochen, und darauf haben mir die Herren erwidert: ja, wir können nicht anders. In allen unseren Kreisen ist die Noth überwiegend und zum Theil entsetzlich; in den Kellerwohnungen und Mansarden herrscht der bitterste Hunger und wir müssen der Regierung, den Ministern und derjenigen Partei, welche die Noth des Landes fortwährend leugnet (Abg. Wehrenpfennig: das ist unwahr! die leugnet Niemand) — M. H.! lesen Sie die Rickert'schen Reden, worin in der That die Noth geleugnet wird, — also wir müssen diese Herren klar und bestimmt darauf aufmerksam machen, daß eine große und brennende Noth im Lande ist, und deshalb wählen wir den Socialdemokraten. Und sie erwiderten mir ferner, wir sehen, wie Jahr aus Jahr ein die Nationalliberalen und auch die Fortschrittspartei ganz gewaltige Anläufe für die Freiheit des Volkes nehmen; aber wenn es darauf ankommt festzuhalten, dann drehen sie um; und wir wollen jetzt Leute wählen, von denen wir im Voraus wissen, daß sie nicht compromißsüchtig sind.

Meine Herren, ich bin überzeugt, mehr wie ein Drittel der in Berlin für die Socialdemokratie abgegebenen Stimmen ist von selbstständigen, seßhaften kleinen Leuten abgegeben und auch von einem nicht geringen Bruchtheil der in Noth und Kummer untergehenden Subalternbeamten. Also diese Ursachen lassen Sie uns prüfen; dann werden wir gegen die Socialdemokratie besser ankämpfen, als mit solchen Redensarten, sie sei entstanden aus dem Ultramontanismus; das sind ja Kindereien. (Unruhe.) Endlich aber glaube ich, daß die Socialdemokratie und ihre verderblichen Lehren zuletzt nur überwunden werden können durch die Kirche, durch die Lehre vom Kreuz, die Lehre von der Nächstenliebe, vom Gehorsam und von der Anerkennung der Autorität. (Hört! Sehr richtig! links.) Vor Allem aber dürfen wir ja nicht vergessen, daß das Programm der Socialdemokratie ein sehr großes Maß vollkommen berechtigter Ansprüche enthält. Je energischer wir den verderblichen Theil ihrer Lehren bekämpfen, desto bestimmter und entschiedener sind wir verpflichtet, die Gesetzgebung zu veranlassen, die berechtigten Wünsche der Socialdemokratie zu erfüllen. Ich erkläre hierdurch schon jetzt offen vor dem Lande, daß ich gesonnen bin, in dieser Richtung im Reichstage die Initiative zu ergreifen. (Hört!) Meine Herren, nicht dadurch, daß wir fort und fort auf die Socialdemokratie schimpfen, sondern daß wir endlich begreifen, wo das Uebel liegt, und daß wir die berechtigten

Anforderungen eifrig zu erfüllen trachten, werden wir die Socialdemokratie besiegen, sonst nie! (Beifall im Centrum.)

Die Debatte wird hierauf geschlossen. Persönlich bemerkt:

Abg. **Gneist**: Auf den Vorwurf des Vorredners gegen mich wegen meiner Haltung aus der Conflictszeit erkläre ich, daß ich über die Gesetze und Gerichte unseres Landes damals in keiner Weise anders gesprochen wie heute, daß mir eine derartige herabwürdigende Kritik über die Gerichte und Gesetze des Landes, wie wir sie fortwährend von den Parteimitgliedern des Vorredners vernehmen, damals wie heute völlig fremd gewesen ist.

Abg. **Wehrenpfennig**: Gegen die Aeußerung des Abg. Windthorst, meine Rede sei eine Hetze gegen die Ultramontanen, protestire ich als gegen eine Unwahrheit. Ich habe den Herren nur das objective Bild ihrer Bestrebungen vorgehalten. Daß Sie das nicht sehr anmuthend finden, ist erklärlich, aber nicht meine Schuld.

Abg. **Windthorst** (Meppen): Dem Herrn Gneist erwidere ich, daß mir im Augenblick die Verhandlungen aus der Conflictszeit nicht zur Hand sind; meine Worte haben sich aber bezogen auf seine ausdrückliche Anerkennung der Twestenschen Rede. Was den Herrn Wehrenpfennig betrifft, so können sich Unwahrheiten nur auf Thatsachen beziehen, meine Aeußerung war aber ein Urtheil über seine Rede und ich überlasse es dem Urtheil des Landes zu entscheiden, ob seine Rede nicht eine Hetze war.

Der Fonds wird hierauf gegen die Stimmen der Fortschrittspartei, der Ultramontanen und Polen genehmigt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. (Hinterlegungsfonds und Etatsberathung.)

Berlin, 9. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem der Kaiserlich-Königlich österreichisch-ungarischen Botschaft in Berlin seither zugetheilt gewesenen Legations-Secretär Dr. Ladislaus von **Hengelmüller-Heugervár** und dem Kupferstecher Friedrich **Weber** zu Basel den Königl. Kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Kaufmann Konrad **Mohr** in Bergen, sowie den Kaufmann Ernest **Lesueur** in Rochefort zu Consuln des Deutschen Reiches ernannt.

Se. Majestät der König hat den Dr. Ferdinand Freiherrn **von Richthofen** hierselbst zum ordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität zu Bonn ernannt; dem Kreisgerichts-Secretär **Pinkner** in Bunzlau bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Canzlei-Rath; und dem praktischen Arzt Dr. Hermann **Blaschko** in Berlin, sowie dem praktischen Arzt ꝛc. Dr. **Kortum** zu Stolberg bei Aachen den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der Königliche Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspector Dr. **Ziehen** zu Harburg ist zum 1. März d. J. nach Bremen, und der Königliche Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspector **Leuchtenburg** zu Bremen zum gleichen Zeitpunkte nach Hannover, wo derselbe als Hilfsarbeiter der dortigen Königlichen Eisenbahn-Direction beschäftigt werden wird, versetzt.

Berlin, 9. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen gestern vor dem Diner den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck. Heute früh 9 Uhr hatte Se. Majestät Se. Königliche Hoheit den Prinzen Wilhelm, sowie den Obersten v. Derenthal, Commandeur des 1. Garde-Regiments zu Fuß, und den Major Graf zu Rantzau, sowie den Hauptmann v. Petersdorff von demselben Regiment in Allerhöchstihr Palais befohlen, um Se. Königliche Hoheit den Prinzen Wilhelm, welcher von heute an in dem gedachten Regiment Dienst leisten soll, in dasselbe einzuführen. Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz war hierbei zugegen, auch waren der commandirende General des Garde-Corps, General-Oberst Prinz August von Würtemberg, Königliche Hoheit, der Commandeur der 1. Garde-Infanterie-Division, General-Lieutenant von Pape, und der Commandeur der 1. Garde-Infanterie-Brigade, General-Major von L'Estocq, von Sr. Majestät hierzu befehligt. Im Laufe des Vormittags hörten Seine Majestät den Vortrag des Polizei-Präsidenten von Madai, besichtigten in Gegenwart des Generals der Cavallerie, Freiherrn von Rheinbaben, und des Commandeurs des Cadetten-Corps, Obersten von Haugwitz, die in diesem Frühling in die Armee übertretenden Zöglinge des hiesigen Cadettenhauses, nahmen im Beisein des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin militärische Meldungen entgegen und empfingen den Erbprinzen Leopold und den Prinzen Friedrich von Anhalt, Hoheiten, welche ihre Einrangirung in das 1. Garde-Dragoner-Regiment resp. in das 2. Garde-Regiment zu Fuß meldeten.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] ertheilte der Gemahlin des Gesandten der schweizerischen Eidgenossenschaft die nachgesuchte Antritts-Audienz. — Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz besuchte gestern Vormittags, begleitet von dem Geh. Regierungs-Rath Prof. Dr. Reuleaux, die Fabrik von Gasbeleuchtungs-Gegenständen von Elster. Abends 8 Uhr empfing Höchstderselbe den Kaiserl. Botschafter Freiherrn v. Werther. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 9. Februar. [Wandelungen in Frankreich. — Die Provinz Preußen.] Die Wandelung, welche in der französischen Presse in Bezug auf die Stellung Frankreichs zu der europäischen Politik seit der Conferenz vor sich gegangen ist, verdient große Beachtung. Es galt in Frankreich noch vor wenigen Monaten als ein allgemein angenommenes Axiom, daß die auswärtige Politik Frankreich für jetzt wenig oder gar nicht berühre und daß die inneren Fragen die einzigen sein, denen sich die ganze nationale Aufmerksamkeit und Theilnahme zuzuwenden habe. Von einer Rolle Frankreichs in der orientalischen Frage solle nicht die Rede sein. In dieser bisher so einstimmigen Haltung der französischen Presse ist eine bemerkenswerthe Aenderung eingetreten, so daß man Chaudordy's Haltung in Konstantinopel nicht blos auf seinen persönlichen Charakter, sondern auf die Gesammtpolitik Frankreichs zurückführen muß. Interessant ist in dieser Beziehung ein Appell, den das „Journal des Debats" an den gesetzgebenden Körper richtet. Bei der jetzigen Lage Europa's habe derselbe Besseres zu thun, als sich mit parlamentarischen Zänkereien abzugeben. Man scheine nichts zu bemerken von der herannahenden äußeren Krisis und dächte nicht an die Maßregeln, welche getroffen werden müßten, um Frankreich vor den Wirkungen dieser Krisis zu behüten. „Niemand scheint die Rolle zu bemerken, welche unsere Diplomatie auf der Conferenz gespielt hat, und noch weniger scheint man an die Rolle zu denken, die wir vielleicht künftig zu spielen haben." Diese Worte lassen doch kaum eine andere Deutung zu, als daß die Zeit der Enthaltung für die französische Politik vorüber ist. Da das „Journal des Deb." trotz seiner republikanischen Anwandlungen doch immer noch unter dem Einfluß der orleanistischen Partei steht, so ersieht man zugleich, wie sehr bei der gegenwärtigen Haltung der französischen Politik der Orleanismus im Spiele ist. — Der Gesetzentwurf über die Theilung der Provinz Preußen beschränkt sich auf die allgemeinsten und dringendsten Bestimmungen. Zunächst ordnet er an, daß aus der bisherigen Provinz Preußen die beiden Provinzen Ost- und Westpreußen gebildet werden. Die Einrichtung der erforderlichen neuen Behörden für die Staatsverwaltung soll nach Vorschrift der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen und auf Grund der demnächstigen Feststellung im Staatshaushalt vorgenommen werden. Jede der beiden Provinzen bildet einen eigenen Communalverband in Bezug auf die Selbstverwaltung. Die gegenwärtigen Mitglieder des Provinziallandtags sollen bis zum Ablauf ihres Mandats für die beiden verschiedenen Vertretungen in Wirksamkeit bleiben. Das Gesetz soll am 1. April 1878 in Kraft treten. Mit Auflösung des bisherigen Provinzialverbandes gehen die Rechte und Pflichten desselben auf die beiden neuen Verbände über. Die näheren Bestimmungen darüber werden durch ein vom Minister des Innern zu bestätigendes Uebereinkommen zwischen den beiderseitigen Vertretern getroffen. Falls ein solches Abkommen bis zum 1. Januar 1878 nicht zu Stande kommt, erfolgt die Regelung durch Königliche Verordnung. Etwaige Streitigkeiten unterliegen der Entscheidung des Ober-Verwaltungs-Gerichts.

[Ueber die Matrosen-Schlägerei in Smyrna] schreibt der „R.-A.": In Verfolg der im „Reichs-Anzeiger" vom 19. v. M. mitgetheilten Meldung über die in Smyrna am 14. Januar stattgehabte Schlägerei zwischen Matrosen der dort stationirten deutschen und französischen Kriegsschiffe geht uns die Berichtigung zu, daß der bei dieser Veranlassung zum Opfer gefallene deutsche Feuerwerksmatrose **nicht Stein**, wie irrthümlich angegeben, sondern **Rosenstein** hieß. Derselbe war bemüht gewesen, zwischen den Streitenden Ruhe zu stiften, als er von dem französischen Matrosen Duvignac mit einem nach dem Kopfe geführten Schlage tödtlich getroffen wurde und bewußtlos zusammensank. Etwa 15 Minuten später wurde an Bord des „Meteor", wohin er gebracht war, sein Tod als Folge jener Verwundung festgestellt. — Der ganze Vorfall hat sich in einem Kaffeehause zugetragen, wo Matrosen verschiedener Nationalitäten in bis dahin friedlichem Verkehr sich aufzuhalten pflegten. Dort sollen am Abend des 14. die französischen Matrosen, als die Deutschen in den nebenliegenden Tanzsaal eintreten wollten, ohne daß irgend eine Provocation zu bemerken gewesen, sich erhoben, Thüren und Fenster besetzt, und mit Stöcken, Tisch- und Stuhlbeinen einen förmlichen Angriff auf die Deutschen gemacht haben. Erst als der Rosenstein zu Boden geschlagen war, wurde von Fortsetzung des Kampfes Abstand genommen, in welchen jetzt auch englische Matrosen vermittelnd sich eingemischt hatten. — Der als Thäter recognoscirte französische Matrose Duvignac hat mit dem französischen Avisoschiff „Château Renaud" Smyrna wieder verlassen, noch ehe die zunächst von den betheiligten Consuln und Militärbehörden in Smyrna eingeleitete Untersuchung beendet werden konnte. Das weitere Verfahren gegen die Schuldigen wird nunmehr dem französischen Militärgericht anheimfallen und steht das Ergebniß desselben zu erwarten.

[Zur Reorganisation der Fortschrittspartei.] Besonders in denjenigen deutschen Ländern und Provinzen, in welchen die Fortschrittspartei bei den neuesten Wahlen Terrain erobert hat, ist der Wunsch nach einem **neuen fortschrittlichen Programm** laut geworden. Auf diese Anregung antwortet die „Wahlcorrespondenz", welche bekanntlich vom Central-Wahlcomite der Fortschrittspartei herausgegeben wird, in folgender Weise:

— — Wir werden allerdings anzuerkennen haben, daß die begonnene Ausbreitung unserer Partei als solcher über einen großen bisher derselben verschlossenen Theil des Deutschen Reiches eine neue Formulirung unserer politischen Grundsätze in einem Parteiprogramm zu erfordern scheint. Aber wie soll dies Programm zu Stande kommen? Daß es der sorgfältigsten Berathungen bedarf, und daß gerade Männer aus denjenigen Landestheilen an der Berathung und Beschlußfassung theilnehmen müßten, welche erst jetzt ihren Anschluß erklärten, liegt auf der Hand. Blos der Fraction der deutschen Fortschrittspartei des Reichstages wird man es also nicht gut überlassen können; andererseits darf aber das Programm nur aus einer Berathung solcher Männer hervorgehen, welche der Partei nicht erst beitreten wollen, sondern ihr bereits angehören. Wir möchten daher vorschlagen:

1) Man bilde in jedem Wahlkreise einen Wahlverein der deutschen Fortschrittspartei. Wo der Hinweis auf das Programm vom 9. Juni 1861 und den Aufruf vom 23. December 1876 — wie in dem Statutentwurf der „Reichstagswahl-Correspondenz" Nr. 21, § 1 — nicht ausreicht, schließe man jenem Hinweise die wichtigsten Parteiforderungen an. Es empfiehlt sich vielleicht, dabei gleich die Forderungen für Verfassung und Verwaltung des Einzelstaates mit zu berücksichtigen.

2) In Staaten mit nur zwei oder drei Wahlkreisen erscheint es rathsam, einen Wahlverein für den ganzen Staat zu bilden. Ob in Staaten und Provinzen, die eine größere Zahl Wahlkreise haben, die Bildung eines einzigen Wahlvereins angemessen ist, bedarf der Erwägung der Betheiligten. Jedenfalls empfehlen sich Landesversammlungen oder Provinzialversammlungen von Delegirten in solchen Provinzen oder Ländern, die im Reichstage gar nicht durch Fortschrittsmänner vertreten sind. Diese Versammlungen haben unter Betheiligung von Reichstags-Abgeordneten der Partei stattzufinden. Versammlungen dieser Art sind vorzüglich geeignet zu Vorberathungen über das Programm und die Parteitaktik bei künftigen Wahlen.

3) Alljährlich im Laufe der Reichstagssession findet in Berlin eine allgemeine Partei-Versammlung statt, in welcher über gemeinsame Partei-Angelegenheiten, insbesondere auch über Aenderungen oder Erweiterungen des Programms, berathen wird. An Abstimmungen nehmen nur die Delegirten der Partei — je einer (oder je zwei?) auf jeden Wahlkreis — und außerdem die Mitglieder der Reichstagsfraction Theil; zu den Berathungen werden in der Regel alle Parteigenossen zugelassen. Wahlkreise, in denen weder ein fortschrittlicher Wahlverein noch ein fortschrittliches Wahlcomite besteht, können stimmberechtigte Delegirte nicht entsenden. — —

4) Die nächste allgemeine Partei-Versammlung tritt spätestens Anfangs Mai zusammen. Die Fraction der deutschen Fortschrittspartei im Reichstage hat dieselbe vorzubereiten, ihr insbesondere den Entwurf eines neuen Programms vorzulegen.

Das sind die Vorschläge, welche wir unseren Parteigenossen im Reichstage und außerhalb desselben zur Prüfung und Erörterung unterbreiten. Wir haben dazu die mancherlei Mittheilungen benutzt, die uns in den letzten Wochen brieflich gemacht sind. Vor allem, meinen wir, sollte mit einer festeren und dauerhafteren Organisirung der Partei in den einzelnen Wahlkreisen nicht gezögert werden. Die Erregung der Gemüther über den Sieg oder über die Niederlage in den verflossenen Wahlen ist noch lebendig und muß benutzt werden.

Bonn, 8. Febr. [Haussuchung.] Der „Köln. Volksztg." schreibt man von hier. „Auf Requisition der hiesigen Ober-Procuratur wurde vor einigen Tagen beim Dechanten Cremer zu Lechenich durch den dortigen Bürgermeister Nachforschung nach einem Schriftstücke angestellt. Wie verlautet, hat der Bürgermeister ein im Pfarrhause vorfindliches juristisches Gutachten über die Stellung, welche die Staats-Commissare in den durch staatliche Absetzung der Bischöfe erledigten Bisthümern nach den bestehenden Gesetzen einnehmen, an sich genommen."

Oesterreich.

Wien, 9. Febr. [Die Bildung eines ungarischen Ministeriums] unter dem Führer der Conservativen, Sennyey, gewinnt an Wahrscheinlichkeit. Finanzminister Szell ist hier eingetroffen, um trotz der Ministerkrise den Abschluß einer unaufschiebbaren Vorschuß-Operation herbeizuführen.

Provinzial-Zeitung.

= **Breslau**, 10. Febr. [Ueber Verlauf und Stand der Rinderpest im Regierungs-Bezirk Breslau] ist seit der letzten Mittheilung vom 26. Januar Folgendes zu berichten: Am 30sten Januar brach die Rinderpest in dem Gehöfte der Erbscholtisei zu **Groß-Mochbern** bei Breslau aus. Die gesammte, aus 48 Stück Rind bestehende Heerde wurde ungesäumt getödtet und vorschriftsmäßig versperrt, das verseuchte Gehöft absolut, die Ortschaft bis an die durch das Dorf führende Chaussee relativ unter Mitwirkung von Militair abgesperrt. Am 31. Januar erfolgte ein Seuchenausbruch in dem Gehöft des Stellenbesitzers **Nicolaus** und am 3. Februar in dem Gehöft des Stellenbesitzers **Micheling**, beide zu **Klein-Mochbern**. In dem ersten Gehöft befanden sich 3, in dem letzteren 8 Stück Rind. Das Dorf Klein-Mochbern befindet sich wegen des am 19. Januar in dem **Zimmer**'schen Gehöft erfolgten Seuchen-Ausbruchs noch unter relativer Ortssperre, und wurden in Folge der erneuten Seuchen-Ausbrüche die Gehöfte des p. Nikolaus und des p. Micheling nunmehr absolut gesperrt. — Die in diesen Gehöften befindlichen Viehbestände sind getödtet worden. Im Uebrigen haben keine neuen Seuchen-Ausbrüche stattgefunden und werde der früher entstandene Seuchenherd in kürzester Frist für seuchenfrei erklärt werden können.

—d. **Breslau**, 9. Febr. [Breslauer Tonkünstlerverein.] Die alle 14 Tage stattfindenden Aufführungen dieses Vereins im Hôtel de Silésie finden zwar keine regelmäßige Besprechung in der Tagespresse, allein die uneigennützige Betheiligung einer jungen Künstlerin von auswärts bei der letzten Soirée möge eine Ausnahme rechtfertigen. Das Programm des Abends, an dem sich Mitglieder und Freunde des Vereins äußerst zahlreich eingefunden hatten, enthielt R. Schumann's sinnige Fantasiestücke op. 73 für Clavier und Clarinette, Franz Schubert's prachtvolles Streichquintett op. 163, mehrere Lieder von Schäffer, Brahms, R. Franz und zum Schluß Clavier-Soli, vorgetragen von Fräulein Elisabeth **Menzel** als Gast. Die anmuthige Pianistin, aus der Kullak'schen Schule in Berlin hervorgegangen, entzückte die Anwesenden durch die vortreffliche Wiedergabe der „Kreisleriana", Fantasien von Schumann, und der Polonaise op. 22 mit vorangehendem Andante spinato von Chopin in so hohem Grade, daß — was in diesem Kreise nie üblich und nie einzuführen ist — dem Vortrage allseitiger Applaus folgte.

—d. [Der Verband wissenschaftlicher Vereine an der Universität Breslau] hielt gestern Abend in Casperke's Local auf der Matthiasstraße seinen Winter-Commers in solenner Weise ab. An demselben betheiligten sich von Docenten hiesiger Universität: Consistorial-Rath Professor Dr. **Reuß**, Professor Dr. **Weber** und Privat-Docent Licentiat **Lemme**, welche in mehreren mit außerordentlichem Jubel aufgenommenen Ansprachen den Verband, das wissenschaftliche Streben, die Einigkeit der Studentenschaft ꝛc. feierten. Besonders wußte Professor Dr. **Weber** durch mehrere glänzende Reden die Versammelten zu fesseln und zu begeistern. Daß es an „Salamandern" und Hochs auf die anwesenden Docenten nicht fehlte, eben so wenig wie an einer sehr gelungenen Bierzeitung ist selbstverständlich. 5 allgemeine Lieder, verschiedene Bierscherze, große Bierpolonaise erhöhten die allgemeine Heiterkeit der Musensöhne und hielten dieselben bis lange nach Mitternacht zusammen. Möge der frische Geist, welcher in den 8 zum Verbande gehörigen Vereinen lebt, auch ferner gehegt und gepflegt werden und die Sympathien der Docenten hiesiger Universität genießen.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Köln, 9. Febr. Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht den französischen Text und die deutsche Uebersetzung des türkischen, vom 25. v. Mts. datirten und von Safvet Pascha unterzeichneten Rundschreibens. Dasselbe berichtet über die Anregung der Conferenz und über deren Verlauf und spricht sich bedauernd darüber aus, daß die Vorversammlungen zu der Conferenz ohne Zuziehung der dabei am meisten betheiligten Türkei stattgefunden hätten und daß in Folge dessen bei Beginn der Conferenz die Lage eines Kampfes zwischen zwei Parteien, dem der vereinzelt stehenden Türkei gegen das zu bestimmtem Zweck geeinigte Europa, geschaffen worden sei. Die Vorschläge der Conferenz hätten leider! die Grenzen des als Basis der Verhandlungen angenommenen englischen Programms und der Bestimmungen des Pariser Friedens, betreffend die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei, weit überschritten, die Türkei habe dieses ihre Unabhängigkeit in Frage stellende Conferenzprogramm nicht annehmen dürfen. In dem Rundschreiben wird sodann der allmäligen Herabminderung der Forderungen der Mächte, der Sitzung des türkischen großen Raths und der Ablehnung der beiden bekannten, die Souveränetät der Pforte verletzenden Punkte Erwähnung gethan, sowie der bezüglichen Mittheilung an die Conferenz und der Aufforderung, die Berathung der übrigen 16 Punkte, über welche eine Vereinbarung nöthig war, vorzunehmen. Bedauerlicher Weise hätten diese Erklärungen der Zustimmung der Conferenz sich nicht erfreut, die Delegirten hätten vielmehr ihre Abreise angekündigt. Ueber die Schlußrede des General Ignatieff spricht sich das Rundschreiben Safvet Pascha's also aus: General Ignatieff habe, im Namen seiner sämmtlichen Collegen sprechend, vollständig unerwartete Ansichten über die gegenwärtigen oder zukünftigen Folgen des Abbruchs der Conferenz, sowie über die Anwendung der türkischen Verfassung kundgegeben, es sei nicht möglich, alle Punkte der Rede Ignatieff's, welche die Kritik oder den Widerspruch herausfordern müßten, hervorzuheben; diejenigen Stellen aber, welche das ottomanische Reich zu beschuldigen schienen, daß es alle dasselbe mit den großen europäischen Familien vereinigenden Bande gebrochen und daß es die Rechte und Pflichten, die diese Lage mit sich bringe, aufgegeben habe, dürften mit Stillschweigen nicht übergangen werden. Es müsse unglaublich erscheinen, daß dies die Ansicht Europas sein könne, oder daß der Mangel der Uebereinstimmung zwischen den Mächten und der Türkei über einen Punkt genügen könne um ein seit 20 Jahren vollendetes historisches Gebäude zu vernichten oder in Frage zu stellen. Dieselbe Erwägung lasse sich auf die übrigen drohenden Worte anwenden, die der Bevollmächtigte Rußlands ausgesprochen habe. Es sei nicht möglich, daß Europa Willens gewesen, sich dem anzuschließen und auf diese Weise der Türkei die Ausübung der jedem unabhängigen Staate zustehenden Rechte und Befugnisse zu verweigern. Und das alles aus Anlaß einer Meinungsverschiedenheit, die, wie bedauernswerth sie sein möge, doch nicht den Umsturz des Völkerrechts zur Folge haben könne. Die Aeußerungen des General Ignatieff hätten, da derselbe erst im Augenblick des Schlusses der Conferenz damit hervorgetreten, die türkischen Bevollmächtigten in eine sehr eigenthümliche Lage versetzt. Den türkischen Bevollmächtigten wäre nichts leichter gewesen, als dasjenige, was in diesen Behauptungen nach Form und Inhalt fehlerhaft gewesen, sofort zu berichtigen. Dieselben hätten aber das Gebiet, auf das sich General Ignatieff gestellt, sorgfältig vermeiden wollen, auch hätten die Dinge, von denen General Ignatieff gesprochen, so wenig Verwandtschaft mit dem eigentlichen Gegenstand der Conferenzberathungen gehabt und so außerhalb des Rahmens der Conferenzarbeiten gestanden, daß es den türkischen Bevollmächtigten angemessen erschienen wäre, in Beobachtung der persönlichen Rücksichten gegen den Vertreter Rußlands bis zur äußersten Grenze zu gehen und dieselben hätten aus diesem Grunde geschwiegen. Die Vertreter der übrigen Mächte seien dem Beispiele der türkischen Delegirten gefolgt und es werde erlaubt sein, darin ein unzweideutiges Anzeichen des Erstaunens zu erkennen, womit dieselben die Worte angehört hätten, in denen General Ignatieff den Gedanken seiner Collegen Ausdruck zu geben behauptet habe. Am Schluß des Schreibens heißt es, die Pforte sei nicht blind gegen die Gefahr der Lage und die neuen Schwierigkeiten, die der ungünstige Ausgang der Conferenz vielleicht herbeiführe; aber Europa werde die Türkei nicht für einen Mißerfolg verantwortlich machen, der aus der Aufrechterhaltung von zwei Maßregeln entstanden, die bei ihrer allgemeinen Verurtheilung durch die türkische Bevölkerung vollkommen nutzlos gewesen sein würden. Es scheine unmöglich, daß die Türkei in solcher Weise das Wohlwollen und die Sympathien Europas verloren haben solle.

Prag, 9. Febr. Bei der Reichsrathswahl der Landgemeinden wurden Altczechen gewählt, nur im Bezirk Raudnitz siegte der Jungczeche Sladkowsky mit 285 gegen den Altczechen mit 102 Stimmen. In einigen Bezirken erhielten die Jungczechen erhebliche Minoritäten.

Versailles, 9. Febr. Kammer. Decazes erklärt auf die Anfrage Gambettas, die diplomatische Correspondenz sei im Drucke und werde nächstens vertheilt. Der Ministerpräsident erklärt anläßlich mehrfacher Angriffe gegen Decazes: Im Cabinet bestehe vollständige Harmonie.

London, 9. Febr. Unterhaus. Campbell kündigt für Montag die Anfrage an, ob Elliot noch im Dienste der Krone stehe, Meier die Anfrage darüber, ob die Türkei die Zahlung der Coupons der Anleihe von 1855 suspendirte, obschon die Fonds dazu in englischer Bank deponirt seien. Northcote erklärt auf die Anfrage Oriellys: Kein einziger activer englischer Offizier erhielt die Erlaubniß in türkische Dienste zu treten. — Russell kündigt für die Montagssitzung des Oberhauses den Antrag an: Es sei unverträglich mit den Pflichten der Regierung, mit einem so barbarischen und grausamen Staat wie die Türkei Freundschaftsbeziehungen aufrecht zu erhalten, die einzige mögliche Beziehung sei die der Feindseligkeit.

Bukarest, 9. Febr. Es wird versichert, Sturdza trat in das Cabinet wieder ein, um folgendes Programm durchzuführen: Bedeutende Reduction der Militärausgaben, Erhöhung der Grundsteuer, progressiver Verkauf unbelasteter Staatsgüter und Herstellung des Gleichgewichts im Budget von 1877.

Triest, 9. Febr. Der Lloyddampfer „Austria" ist heute Nachmittag 6¾ Uhr mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

Plymouth, 9. Febr. Der Hamburger Postdampfer „Vandalia" ist hier eingetroffen.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 9. 10.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 3°,4	+ 0°,9	+ 0°,7
Luftdruck bei 0°	329''',09	329''',29	329''',31
Dunstdruck	2''',00	1''',96	1''',92
Dunstsättigung	74 pCt.	90 pCt.	90 pCt.
Wind	W. 3	W. 2	W. 2
Wetter	bedeckt.	trübe.	trübe.

Breslau, 10. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 38 Cm. U.-P. -- M. 50 Cm.

Berliner Börse vom 9. Februar 1877.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Consolidirte Anleihe.	4½	104,10 bz
do. de 1876	4	95,75 bz
Staats-Anleihe	4	96 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,20 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144,10 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,30 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,50 bz
Pommersche	3½	83,70 bz
do.	4	95,30 bz
do.	4½	102 bz
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,50 bz
Schlesische	3½	84,90 G
Landschaftl.Central	4	95 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95,50 bz
Pommersche	4	95,30 G
Posensche	4	95 G
Preussische	4	95 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	97,75 bz
Sächsische	4	95 75 bz
Schlesische	4	95,70 G
Badische Präm.-Anl.	4	122 G
Baierische 4% Anleihe	4	124,10 bz
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	109,75 G
Sächs. Rente von 1876	3	71,50 G

Kurh. 40 Thaler-Loose 251 bz
Badische 35 Fl.-Loose 142,90 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 84,10 bz
Oldenburger Loose 137,40 B

Ducaten — —	Fremd. Bkn. — —
Sover. 20,35 G	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,255 etbz	Oest. Bkn. 165,30 bz
Imperials 16,70 B	do. Silbergd. 192 etbz
Dollars 4,185 G	Russ. Bkn. 254,40 bz

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	Cours
Krupp'schePartial-Obl.	5	104,50 bzG
Unkb. Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	99,25 bzG
do. do.	5	100,75 bz
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,50 G
Unkünd. do. (1872)	5	101,80 G
do. rückzb. à 110	5	106,20 bz
do. do. do.	4½	98,75 bzG
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	103 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105 G
do. do. II. Em.	5	102,25 G
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	109,80 G
do. do. II. Em.	5	107,75 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	102,90 bz
do.4½ do. do. m.110	4½	96,75 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102 80 bzG
Oest. Silberpfandbr.	5½	— —
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	30,50 bz
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	85,50 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100 G
do. do.	4½	94 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	104 G
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oest. Silber-R. (1./1.1./7.)	4⅕	56,20 bzG
do. (1./4.1./10.)		55,90-56,10 bz
do. Goldrente	4	61,20 etbz (G
do. Papierrente	4⅕	52,10 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	93,50 G
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	98,75 bz
do. Credit-Loose	—	297 80 B
do. 64er Loose	—	259,80 B
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	149 bzG
do. do. 1866	5	149 bzG
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	80,10 bzB
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	80,50 B
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	79,25 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	71,75 G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	63,60 G
Amerik. rückz. p. 1881	6	105,70 B
do. do. 1885	6	102,10 bz
do. 5% Anleihe	5	103,40 bzG
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	72,50 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,70 G
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	68,50 bz
Rumänische Anleihe.	8	— —
Türkische Anleihe	5	12,30 bzG
Ung. 5%St.-Eisenb.-Anl	5	67,90 bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 38,40 bz
Türken-Loose 26,30 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St.3½g.	3½	84,75 G
do. do. VI.	4½	99 bz
do. Hess. Nordbahn.	5	103,50 B
Berlin-Görlitz	5	105,50 G
do.	4½	89,25-89,50bz
do. Lit C.	4½	84 G (G
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	95,50 G
do. do. F.	4½	95,50 G
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	93 G
do. do. J.	4½	92,50 bz
do. do. K.	4½	92,50 bz
do. von 1876	5	99,30 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	91 G
do. Lit. B.	4½	— —
do. IV.	4	94,50 bz
do. V.	4	91,10 G
Halle-Sorau-Guben	5	100,30 G
Hannover-Altenbeken	4½	95,25 G
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97 G
do do. II. Ser.	4	96 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,50 G
do do. III. Ser.	4	96 bzG
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	93 G
do. E.	3½	86,10 bzG
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	99 G
do H.	4½	101,70 bzG
do. von 1869.	5	103,40 G
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	99 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	94 G
do. do.	5	103,30 bzG
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	99 G
do. do. III. Em.	4½	99 G
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101,10 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Chemnitz-Komotau.	5	97,25 G
Dux-Bodenbach.	5	60,50 G
do. II. Emission	5	42,50 bzB
Prag-Dux.	fr.	23,60 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	83,50 bzG
do. do. neue	5	81,75 bzG
Kaschau-Oderberg	5	55,40 bz
Ung. Nordostbahn	5	51,40 bzG
Ung. Ostbahn.	5	50,20 G
Lemberg-Czernowitz	5	63,90 G
do. do. II.	5	63,90 bz
do. do. III.	5	56,85 G
Mährische Grenzbahn	5	52,50 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	15,75 bzG
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	62,50 G
Oesterr.-Französische	3	318,30 bzG
do do. II.	3	302,30 G
do. südl. Staatsbahn	3	235 bzB
do. neue	3	236 bzB
do. Obligationen	5	77,40 G
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	49,90 bz
Warschau-Wien II.	5	96,25 G
do. III.	5	90,75 bzG
do. IV.	5	84 bz
do. V.	5	81 bzB

Wechsel-Course.

		Zf.	Cours
Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169,90 bz
do. do.	2 M.	3	169,15 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,49 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,35 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	249,50 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	253,80 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	165,20 bz
do. do.	2 M.	4½	164,20 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1875	1876	Zf.	Cours
Aachen-Mastricht.	1	—	4	21,90 bz
Berg.-Märkische	4	—	4	78,40 bz
Berlin-Anhalt	8	—	4	103 90 bz
Berlin-Dresden	2½	0	4	24 60 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	22,50 bzG
Berlin-Hamburg	10	—	4	168,50 G
Berl. Nordbahn	—	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb	3	—	4	79,00 bz
Berlin-Stettin	6⅘	—	4	122 60 bz
Böhm. Westbahn	5	—	5	70 25 bz
Breslau-Freib.	5½	—	4	71,00 bzG
Cöln-Minden	4⁶⁄₁₀	—	4	100,75 bz
do. Lit. B.	5	—	5	— —
Cuxhaven. Eisenb.	0	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	7.30 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	6	—	4	87-87,20 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	15,40 bz
Hannover-Altenb.	0	0	4	15,25 bz
Kaschau-Oderberg	4½	—	5	36,00 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	45,25 bzG
Ludwigsb.-Bexb.	9	—	4	177,50 bz
Märk.-Posener	0	0	4	18,75 bz
Magdeb.-Halberst.	6	—	4	107,40 bzG
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	— —
do. Lit. B.	4	—	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	95.80 B
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96 60 B
Oberschl. A.C.D.E.	10½	—	3½	127 40 bzG
do. B.	10½	—	3½	119 00 G
Oesterr.-Fr. St.-B.	6½	—	4	401-3
Oest. Nordwestb.	5	5	5	189,25 G
Oest.Südb.(Lomb.)	0	0	4	129,50-30
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	24,50 bzG
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	104 50 bzG
Reichenberg-Pard	4½	—	4½	46,10 G
Rheinische	8	—	4	109,00 bz
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	92,10 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	12,00 bzG
Rumän. Eisenbahn	2½	—	4	13,50 bzG
Schweiz Westbahn	0	0	4	23,25 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101.40 B
Thüringer Lit A.	8½	—	4	126,10 bz
Warschau-Wien.	7½	—	4	186,00 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

	1875	1876	Zf.	Cours
Berlin-Görlitzer	5	—	5	54,50 bzB
Berliner Nordbahn	—	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	—	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	31,20 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	35,25 bzB
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	32,50 bz
Märkisch-Posener	3½	—	5	71,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	70,40 bz
do. Lit. C.	5	5	5	96,25 G
Ostpr. Südbahn	5	—	5	73,70 bz
Pomm. Centralb.	—	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	109,40 bz
Rumänier.	8	—	8	57,00 B
Saal-Bahn	1½	—	5	26,10 bz
Weimar-Gera.	2½	—	5	20,60 G

Bank-Papiere.

	1875	1876	Zf.	Cours
Allg.Deut.Hand.-G.	0	—	4	27,90 G
Anglo DeutscheBk.	3	—	4	38,00 G
Berl. Kassen-Ver.	17,7	—	4	155 00 bzG
Berl. Handels-Ges.	5	—	4	61,50 bzG
do.Prod.-u.Hdls.-B.	9⅓	—	4	79 50 G
Braunschw. Bank.	6⅔	—	4	98,25 G
Bresl. Disc.-Bank	2	—	4	69,75 bzG
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	—	4	— —
Bresl. Wechslerb.	4	—	4	74,00 B
Coburg. Cred.-Bnk.	2⅔	—	4	68,50 G
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	115,00 G
Darmst. Creditbk.	6	—	4	100,50 bzG
Darmst. Zettelbk.	5½	—	4	96,75 bz
Deutsche Bank	3	—	4	85,40 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	157,50 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	92,00 G
Disc.-Comm.-Anth.	7	—	4	109,70 bz
do. ult.	7	—	4	109,75-10 bz
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	93,00 G
do. junge	5½	—	4	97,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	5,50 bzB
Goth. Grundcredb.	8	—	4	102,50 G
Hamb. Vereins-B.	9⅖	10	4	118,50 G
Hannov. Bank	6⁷⁄₁₅	—	4	102,50 bzG
Königsb.Ver.-Bank	5½	—	4	80,40 G
Lndw.-B. Kwilecki	6	—	4	62 G
Leipz. Cred.-Anst.	7	—	4	109,75 etbz
Luxemburg. Bank	6½	—	4	93.00 B
Magdeburger do.	5½	—	4	110 G
Meininger do.	3	—	4	70,50 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	4	— —
Nordd. Bank	6½	8	4	128,50 G
Nordd. Grundcr.-B.	9	—	4	93,40 bzG
Oberlausitzer Bk.	2	—	4	49,75 B
Oest. Cred.-Actien	5	—	4	243-44-3 50-5
Posner Prov.-Bank	2½	—	4	99,25 bz
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	97,50 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	116,65 G
Sächs. Bank	10	—	4	112,40 bz
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	4	96 60 G
Schl. Bank-Verein	5	—	4	86 30 bz
Schl. Vereinsbank	5	—	4	90,25 B
Thüringer Bank.	5	—	4	70,10 bz
Weimar. Bank.	0	—	4	41,80 G
Wiener Unionsb.	2⁵⁄₇	—	4	87,00 G
In Liquidation.				
Berliner Bank	—	—	fr.	88,50 G
Berl. Bankverein	0	—	fr.	51,50 G
Berl. Lombard-B.	—	—	fr.	— —
Berl. Prod-Makl.-B.	—	—	fr.	57,50 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	95,50 G
Deutsche Unionsb.	0	—	fr.	89,10 B
Hannov. Disc.-Bk.	8⅓	—	fr.	97,50 G
Hessische Bank	—	—	fr.	56,50 G
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	—	—	fr.	1,80 G

Industrie-Papiere.

	1875	1876	Zf.	Cours
Berl.Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	712,00 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	9,10 bz
do. Reichs-u.Co.-E.	0	—	4	67,75 bzG
Märk.Sch.Masch.G.	0	—	4	13,90 bzG
Nordd. Gummifab.	5	—	4	52,50 G
do. Papierfabr.	0	—	4	— —
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	3,10 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18	—	4	114 bz
Schles. Feuervers.	20	—	4	730 B
Donnersmarkhütte	3	—	4	18 50 G
Dortm. Union	0	—	4	5,90 bzG
Königs- u. Laurah.	2	—	4	65,60 bzB
Lauchhammer	0	—	4	23,75 G
Marienhütte	8	—	4	68,00 bzG
OSchl. Eisenwerke	1½	—	4	6 G
Redenhütte	0	—	4	3,50 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	7,00 G
Schl.Zinkh.-Actien	6	—	4	77,80 bz
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	85,00 bz
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	40,00 G
Vorwärtshütte		—	4	9 B
Baltischer Lloyd	0	—	4	41,50 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6½	—	4	46,00 G
do. ver. Oelfabr.	1	—	4	44,00 G
Erdm. Spinnerei	1	—	4	17,50 G
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	40,00 G
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	— —
O. Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	26,25 G
Schl. Leinenind.	8	5⅓	4	68,60 B
do. Porzellan	0	—	4	10,00 G
WilhelmshütteMA.	4½	—	4	68,00 G

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

London, 9. Februar, Nachm. 4 Uhr. Consols 95¹¹⁄₁₆. Ital. 5% Rente 71½. Lombarden 6⅛. 3% Lombarden-Prioritäten alte —. 3% Lomb.-Prioritäten neue 9⅛. 5% Russen de 1871 83⅛. 5% Russen de 1872 83¾. 5% Russen de 1873 82⅛. Silber 57. Türkische Anleihe de 1865 12⅛. 5% Türken de 1869 13½. 6% Verein. St. pro 1882 105⅝. do. 5% fundirte 107⅝. Oesterr. Silberrente —. Oesterr. Papierrente —. 6% ungarische Schatzbonds 82. 6% ungarische Schatzbonds II. Emission 78¼. 6% Peruaner 18½. Spanier 11⅝. Platzdiscont — %. — Aus der Bank flossen heute 50,000 Pfd. Sterl.

Wechselnotirungen: Berlin 20, 60. Hamburg 3 Monat 20, 60. Frankfurt a. M. 20, 60. Wien 12, 57. Paris 25, 32. Petersburg 29¼.

Frankfurt a. M., 9. Febr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 58. Pariser Wechsel 81, 36. Wiener Wechsel 165, 10. Böhmische Westbahn 140. Elisabethbahn 110¾. Galizier 174½. Franzosen*) 201. Lombarden*) 64½. Nordwestbahn 94¾. Silberrente 56⅜. Papierrente 51¾. Russische Bodencredit 80¼. Russen 1872 85⅛. Amerikaner 1885 102⅛. 1860er Loose 99¼. 1864er Loose 259, 50. Creditactien*) 122¼. Oesterreichische Nationalbank 691, 00. Darmst. Bank 100⅞. Berliner Bankverein —. Frankfurter Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 71. Hessische Ludwigsbahn 95⅝. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 142, 20. do. Schatzanweisungen alte 83. do. Schatzanweisungen neue 80¾. do. Ostbahn-Obligationen II. 56¾. Central-Pacific 99⅛. Reichsbank 157⅝. Silbercoupons —. Goldrente 61³⁄₁₆. Fest, Bahnen meist höher.

*) per medio resp. per ultimo.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 122⅝, Franzosen 201⅛, 1860er Loose 99, Silberrente —, Papierrente —, Galizier —, Lombarden —, Goldrente —, Nationalbank —.

Hamburg, 9. Febr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Act. 117⅜, Silberrente 56⅛, Goldrente 61¼, Credit-Actien 123¼, 1860er Loose 99, Franzosen 503, Lombarden 160, Ital. Rente 71¾, Vereinsbank 118. Laurahütte 65½, Commerzbank 100, Norddeutsche 128¾. Anglo-deutsche 35½, Internationale Bank 85⅜, Amerikaner de 1885 97½, Köln-Minden. St.-A. 100½, Rhein-Eisenbahn do. 109, Berg.-Märk. do. 78½. Disconto 2⅝ pCt. Sehr fest.

Silber in Barren pr. 500 Gr., fein Mk. 85, 50 Br., 84, 50 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 42 Br., 20, 36 Gd., London kurz 20, 48 Br., 20, 42 Gd., Amsterdam 168, 90 Br., 168, 30 Gd., Wien 163, 75 Br., 161, 75 Gd., Paris 80, 95 Br., 80, 55 Gd., Petersburger Wechsel 251, 00 Br., 247, 00 Gd.

Liverpool, 9. Febr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 16,000 Ballen, davon 11,000 B. amerikanische.

Liverpool, 9. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Stetiger.

Manchester, 9. Febr., Nachmittags. 12r Water Armitage —, 12r Water Taylor 9¼, 20r Water Nicholls 10¼, 30r Water Gidlow 11¼, 30r Water Clayton 11¾, 40r Mule Mayoll 11½, 40r Medio Wilkinson 13¼, 36r Warpcops Qualität Rowland 11¾, 40r Double Weston 12½, 60r Double Weston 16, Printers ¹⁶⁄₁₆, ³⁴⁄₅₀ 8½pfd. 111. Bessere Stimmung.

Petersburg, 9. Febr., Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 Monate 29¾, do. Hamburg 3 Monate 253⅝, do. Amsterdam 3 Mt. 149½, do. Paris 3 Mt. 313, 1864er Prämien-Anleihe (gestplt.) 189¼, 1866er Prämien-Anl. (gestplt.) 189¼, ½-Imperials 6, 59. Große russische Eisenbahn 169¾. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 102¾. Privatdisc. 8%.

Petersburg, 9. Febr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 49,50. Weizen loco 12,50. Roggen loco 7,50. Hafer loco 4,50. Hanf loco —. Leinsaat (9 Pud) loco 12,75. — Wetter: 7 Grad Kälte.

Paris, 9. Febr., Nachm. Rohzucker behauptet, Nr. 10/13 pr. Febr. pr. 100 Kilogr. 75, 50, Nr. 7/9 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 82, 25. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Febr. 84, 00, pr. März 84, 25, pr. April 84, 50, pr. Mai-August 85, 50.

Antwerpen, 9. Febr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen unverändert. Hafer stetig. Gerste matt.

Antwerpen, 9. Febr., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 46 bez., 46½ Br., pr. Februar 45 bez. u. Br., per März 41½ bez., 42 Br., per April 42 Br., per September 46 Br. — Weichend.

Bremen, 9. Febr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Matt. Standard white loco 18, 00, per Februar 17, 75, pr. März 16, 50, per April 16, 50.

Hamburg, 9. Febr. [Börsenbericht von Ferdinand Seligmann.] Weizen, April-Mai 219 M. Br., 218 M. Gd., September-October —. — Roggen, April-Mai 159 M. Br., 158 M. Gd., September-October —. — Rüböl, Mai 75 M. Br., 74½ M. Gd., October —. — Petroleum, loco 18¼ M. Br., 17¾ M. Gd. — Spiritus, lauf. Monat 44½ M. Br., 44½ M. Gd., April-Mai 44¼ M. Br., 44¼ M. Gd., Mai-Juni 44¼ M. Br., 44¼ M. Gd., Juni-Juli 44½ M. Br., 44½ M. Gd., Juli-August 45½ M. Br., 45 M. Gd., August-September —.

Wien, 8. Febr. [Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn] betrugen in der Zeit vom 21. bis zum 31. Januar 272,259 Fl., ergaben mithin gegen dieselbe Zeit des Vorjahres eine Minder-Einnahme von 10,761 Fl.

Berlin, 9. Febr. Die Umsätze an der heutigen Börse waren dermaßen geringfügig, daß eine bestimmt ausgeprägte Tendenz nicht zum Ausdruck kam, doch neigte sich die Gesammthaltung eher zur Festigkeit und trug hierzu auch die Depesche aus Petersburg, welche Mittheilungen aus einem Artikel des „Golos" brachte, wirksam bei. Wenn auch auf einzelnen Gebieten, wie z. B. für Eisenbahnactien das Angebot vorwaltete, so nahm es doch nicht im Geringsten einen dringlicheren Charakter an. Das gesammte Coursniveau erfuhr daher kaum einige unbedeutende Veränderungen. Der Verkehr am Geldmarkt blieb ebenfalls ungemein gering; für die reichlich vorhandenen liquiden Mittel ist nur in beschränktem Maße Verwendung zu finden und bleibt die Frage nach Disconten fortdauernd eine recht lebhafte. Unter den internationalen Speculationspapieren zeichneten sich österreichische Staatsbahnactien wiederum durch lebhaften Verkehr aus. Die Coursbewegung machte vielfache Schwankungen von unbedeutender Spannweite durch. Auch österr. Creditactien waren ziemlich lebhaft zu schwankendem Course. Die Oscillationen blieben aber auch hier ganz belanglos. Lombarden behaupteten sich in guter Festigkeit. Auch die österr. Nebenbahnen trugen einen festen Character. Galizier etwas nachgebend, Rudolfbahn und Kaschau-Oderberger höher. In den localen Speculationspapieren war das Geschäft nicht ganz unbelebt und vermochten die Course etwas anzuziehen. Disconto-Commandit 109,90, ultimo 109,75—109,60. Laurahütte 66,25, ult. 66,25—66,50 bis 65,75. Sehr still verhielten sich die ausländischen Staatsanleihen, die Notirungen blieben fast absolut den gestrigen gleich. Gegen Schluß der Börse besserte sich die Tendenz etwas. Russische Werthe eher etwas gedrückt, Bodencredit-Pfandbriefe nachgebend, 5proc. Anleihen per ult. 82¾—82⅝. Preuß. und andere deutsche Staatspapiere unbelebt, aber fest. Einheimische Prioritäten beliebt, besonders 5- und 4½procentige. Von auswärtigen Galizische, Ungarische Nordwestbahn und Elbethalbahn bevorzugt. Auf dem Eisenbahnactienmarkte waltete die matte Haltung vor. Die rheinisch-westphälische Speculationsdevisen gedrückt. Halberstädter und Potsdamer matter. Von leichten Bahnen, Berlin-Dresden, Ostpreuß. Südbahn und Nahebahn beliebt und in größerem Verkehr Gotthardbahn besser. Bankactien fest aber stille, Centralbank für Industrie ging zu höherem Course sehr lebhaft um, Berl. Handelsgesellsch. beff. die Notiz, Deutsche Bank wurde recht lebh. umgesetzt, Deutsche Handelsbank in guter Frage und steigend, Norddeutsche Grundcredit zu höherem Course belebt, Meininger Credit beliebt, Sächsische Bank matt. Industriepapiere fanden zum Theil bessere Beachtung. Patzenhofer Brauerei besser, Landre beliebt, Omnibus bei lebhaftem Verkehr steigend, Centralheizung zog im Course an; Norddeutsche Eiswerke gingen lebhaft um, konnten jedoch ihre gestrige Festigkeit nicht ungeschmälert behaupten; Norddeutscher Eisenbahnbetrieb sehr fest und zu höherem Course begehrt, ebenso auch Oberschles. Eisenbahnbedarf besser. Für Köln Bergwerk waren zu höherer Notiz Käufer, Phönix A. und B. steigend, Courl zog etwas an, Gelsenkirchen lebhaft und höher, Bergisch-Märkisches Bergwerk besser, Commerner rege begehrt, Arenberger und Deutsche Bergwerke matt, Harpener schwach, Aachen-Höngen niedriger, Pluto gedrückt.

Um 2½ Uhr: Fest. Credit 245,50, Lombarden 129,50, Franzosen 403,50, Reichsbank 157,50, Disconto-Commandit 110, Dortmunder —, Laurahütte 66,40, Köln-Mind. 100,50, Rheinische 109,00, Bergische 78,40, Rumänen 13,50, Türken 12,40, Italiener 72,10, 5pCt. Russen 83,10, Oesterr. Goldrente 61,10, Silberrente 56,00, Papierrente 51,90.

Berlin, 9. Februar. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist regnerisch, die Temperatur weniger mild als gestern. Im Getreidehandel dauert die Geschäftslosigkeit fort. Roggen ist im Werthe unverändert, aber nur mühsam haben die wenigen Realisationsverkäufe, welche auszuführen waren, ohne Preisermäßigung effectuirt werden können. Nach Waare ist bessere Frage bemerkbar, ungenügende Auswahl ist jedoch dem Umsatz hinderlich. Roggenmehl fest. — Weizen in matter Haltung, nur ganz vereinzelte Abschlüsse kommen zu Stande. — Hafer loco unverändert, Termine leblos. — Rüböl hat wesentliche Preissteigerung erfahren. Die Anregung ist von den hohen Pariser Coursen ausgegangen. — Petroleum fester. Es regte sich etwas mehr Kauflust. — Spiritus bewahrte feste Haltung und bei mäßigem Umsatz waren die Verkäufer merklich im Vortheil.

Weizen loco 195—235 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner weißer polnischer — Mark ab Bahn bez., per April-Mai 221 Mark bez., per Mai-Juni 222 M. bez., per Juni-Juli 223 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 158—183 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 161 bis 162 M. ab Boden bez., neuer russischer 158—167 Mk. bezahlt, neuer poln. — Mark bezahlt, inländischer 176—183 Mark bezahlt, kleiner russ. — Mark ab Bahn bez., per Febr. 161½ nominell Mk. bez., per Febr.-März — Mark bez., per Frühjahr 163—163½—163 Mark bez., per Mai-Juni 161½ Mark bezahlt, per Juni-Juli 160½ Mark bezahlt. Gekündigt 1000 Centner. Kündigungspreis 161 Mark. — Gerste loco 127 bis 180 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer loco 125 bis 168 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpr. 135—156 Mark bez., russischer 125—150 M. bez., pommerscher 160—163 M. bez., schles. 153—162 Mark bez., galizischer — Mark bez., böhmischer 155—162 Mark bez., ungarischer 137—140 Mark bez., defecter russischer — Mark ab Bahn bez., per Frühjahr 153½ Mk. bez., per Mai-Juni 154½ M. bez., per Juni-Juli — Mark bez., Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Roggenmehl per 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per Februar 23,40 Mark bez., per Februar-März 23,15 Mark bez., per März-April 23,10 Mark bez., per April-Mai 23,10—05 M. bezahlt, per Mai-Juni 23,10—05 Mark bezahlt, per Juni-Juli 23,10—05 Mark bezahlt. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 74 M. bez., mit Faß — M. bez., per Februar 74 Mk. bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 73,8—74 Mk. bez., per Mai-Juni 73,2—73—73,2 Mk. bez., per Juni-Juli — M. bezahlt, per Sept.-October 69—69,2 Mk. bez., per Oct.-November — Mk. bezahlt. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Leinöl loco — Mark bez. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 43 Mark bez., per Februar 36,4 bis 6 Mark bezahlt, per Februar-März 33,5 Mark bezahlt, per März-April — Mark bez., per April-Mai — Mark bezahlt. Gekündigt — Bar. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco „ohne Faß" 53,7—8 Mark bez., per Februar — Mark bez., per Februar-März — Mk. bez., per April-Mai 56,2—55,9—56,2 M. bezahlt, per Mai-Juni 56,5—2—5 Mark bez. per Juni-Juli 57,5—2—5 M. bezahlt, per Juli-August 58,5—2—5 Mark bezahlt, per August-September 59—58,6—9 Mark bez. Gekündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 54,5 M.

Breslau, 10. Febr., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen schleppend, bei schwachem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen, feine Qualitäten gut behauptet, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,10 bis 19,30—21,50 Mark, gelber 17,10—19,10—20,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. neuer 15 bis 16—17 bis 17,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, nur feine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. neue 13,60 bis 14,80 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer war schwach gefragt, per 100 Kilogr. neuer 12,80—14,20 bis 15,20 Mark.

Mais angeboten, per 100 Kilogr. 11,20—12,20—13,50 Mark.

Erbsen ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 12—13,70 bis 15,80 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen stärker angeboten, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken schwache Kauflust, per 100 Kilogr. 11,50—12,50—13,50 Mark.

Oelsaaten in gedrückter Stimmung.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	50	25	—	22	50
Winterraps	32	—	29	50	28	50
Winterrübsen	30	—	28	—	27	—
Sommerrübsen	29	50	28	—	26	50
Leindotter	25	50	24	—	22	50

Rapskuchen unverändert, per 50 Kilogr. 7,10 bis 7,40 Mark.

Leinkuchen preishaltend, per 50 Kilogr. 8,60—9 Mark.

Kleesamen ohne Aenderung, rother sehr ruhig, per 50 Kilogr. 52—58 bis 66—70—75 Mark, — weißer matt, per 50 Kilogr. 54—64—67—72—78 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee fester, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl etwas festere Stimmung, per 100 Kilogr. Weizen fein 29—30 Mark, Roggen fein 26,75—27,75 Mark, Hausbacken 25,75—26,75 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark. Weizenkleie 8—9 Mark.

Concurs-Eröffnungen.

Ueber das Vermögen des Hotelpächters Adolph Lenz in Bromberg. Zahlungseinstellung: 5. August v. J. Einstweiliger Verwalter: Kaufmann Albert-Beckert. Erster Termin: 21. Februar. — Ueber das Vermögen der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft auf Zeche Hansa bei Huckarde. Zahlungseinstellung: 30. September v. J. Einstweiliger Verwalter: Bisheriger Grubendirector König zu Dortmund. Erster Termin: 19. Februar. — Ueber das Vermögen des Kaufmanns Carl Höfling zu Dortmund. Zahlungseinstellung: 1. November v. J. Einstweiliger Verwalter: Assessor a. D. Brahe. Erster Termin: 19. Februar. — Ueber das Vermögen des Kaufmanns Gustav Fromm zu Ziebigk. Erster Termin: 31. Mai.

Witterungsbericht vom 9. Februar.

7—8 Uhr Morgens.

	Temperat. °Celsius.	Wind.	Wetter.
Memel	+ 1	SW. stark.	ganz bedeckt.
Hamburg	+ 5	W. frisch.	ganz bedeckt.
Crefeld	+ 6	W. frisch.	ganz bedeckt.
Hannover	+ 6	NW. stark.	halb bedeckt.
Leipzig	+ 4	SW. mäßig.	ganz bedeckt.
Berlin	+ 6	SW. schwach.	ganz bedeckt.
Breslau	+ 4	W. schwach.	ganz bedeckt.
Bamberg	+ 4	NW. leicht.	ganz bedeckt.
Carlsruhe	+ 6	SW. schwach.	ganz bedeckt.
Friedrichshafen	+ 6	SW. stark.	ganz bedeckt.

Barometer allgemein gefallen, Süden weniger. Norden mehr Druckvertheilung, daher wenig verändert. Winde in Norddeutschland stärker geworden. Das Wetter ist sehr milde, trübe und nirgends Frost.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.